
BACHELORARBEIT

Frau
Anja Schwarz

**Abmahnungen – juristische
Gefahren für Journalisten und
Online-Journalisten**

2014

BACHELORARBEIT

Abmahnungen – juristische Gefahren für Journalisten und Online-Journalisten

Autor:
Frau Anja Schwarz

Studiengang:
Angewandte Medien

Seminargruppe:
AM10wK4-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Bettina Kern Dipl. -Kff.

Einreichung:
Mittweida, 22.01.2014

BACHELOR THESIS

Warning letter – juristic risks for journalists and online- journalists

author:
Ms. Anja Schwarz

course of studies:
Applied Media

seminar group:
AM10wK4-B

first examiner:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

second examiner:
Bettina Kern Dipl. -Kff.

submission:
Mittweida, 22.01.2014

Bibliografische Angaben:

Schwarz, Anja:

Abmahnungen – juristische Gefahren für Journalisten und Online-Journalisten

Warning letter – juristic risks for journalists and online-journalists

70 Seiten, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences,

Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Grundlagen des Presserechts und den rechtlichen Gefahren für Pressetätige. Es wird der Frage nachgegangen, an welche Rechte und Pflichten Journalisten gebunden sind und welche Ansprüche gegenüber der Presse geltend gemacht werden können. Ziel ist es zu klären, welche Folgen sich aus einer Rechtsverletzung für den Journalisten ergeben, welche Vorsorgemaßnahmen er treffen kann und welche Reaktionsmöglichkeiten er im Falle einer Abmahnung hat. Die Fragestellungen werden auf der Grundlage der Auswertung aktueller Fachliteratur diskutiert. Im Ergebnis wird deutlich, dass durch eine gewissenhafte und sorgfältige Ausübung des journalistischen Berufes viele Rechtsstreite verhindert werden können. Ebenfalls wird deutlich, dass die Verletzung des Persönlichkeitsrechts wohl am häufigsten zu einer Abmahnung führt und zu den besonders betroffenen Bereichen im journalistischen Arbeitsfeld gehört.

Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	IV
Inhaltsverzeichnis.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	VII
Abbildungsverzeichnis.....	IX
Tabellenverzeichnis.....	X
Vorwort.....	XI
1 Wissenschaftliche Grundlagen zum Journalismus.....	1
1.1 Definition und Einordnung des Journalismus.....	1
1.2 Geschichte und Entwicklung.....	4
1.3 Aufgaben des Journalismus.....	5
1.4 Berufsfelder und Tätigkeiten	6
1.5 Besonderheiten des Online-Journalismus.....	8
1.6 Zukunftsaussichten.....	9
2 Das Regelwerk der Presse.....	12
2.1 Gesetzliche Kontrolle der Presse.....	13
2.1.1 Die Basis: Pressefreiheit.....	13
2.1.2 Definition der Presse.....	15
2.1.3 Begriff und Inhalt des Art. 5 GG.....	16
2.1.4 Die Landespressegesetze.....	17
2.1.5 Vernetzung weiterer Gesetze.....	18
2.2 Freiwillige Selbstkontrolle der Presse.....	19
2.2.1 Der Deutsche Presserat.....	19
2.2.2 Publizistische Grundsätze: Der Pressekodex.....	20
3 Die Einzelrechte der Journalisten.....	22
3.1 Bei der Themenfindung.....	22
3.2 Bei der Recherche.....	23
3.3 Bei der Themenumsetzung.....	25
3.4 Bei der Veröffentlichung.....	26

3.5 Bei der Reaktion auf Berichterstattung.....	28
4 Die Schranken der Pressefreiheit.....	30
4.1 Durch allgemeine Gesetze.....	31
4.2 Abwägung mit anderen Grundrechten.....	31
5 Juristische Gefahren für Journalisten.....	32
5.1 Vorsorgemaßnahmen: Die presserechtlichen Pflichten.....	32
5.1.1 Die Journalistische Sorgfaltspflicht.....	32
5.1.2 Impressumspflicht.....	34
5.1.3 Pflicht zur Offenlegung.....	35
5.1.4 Qualifikation des verantwortlichen Redakteurs.....	36
5.1.5 Kennzeichnung entgeltlicher Veröffentlichungen.....	37
5.1.6 Ablieferung von Pflichtexemplaren.....	38
5.2 Die presserechtlichen Ansprüche.....	38
5.2.1 Der Unterlassungsanspruch.....	39
5.2.2 Der Gegendarstellungsanspruch.....	40
5.2.3 Der Berichtigungsanspruch.....	41
5.2.4 Der Schadensersatz.....	42
5.2.5 Die Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung.....	42
5.3 Abmahnungen.....	44
5.4 Besonders betroffene Bereiche.....	46
5.5 Die Reaktionsmöglichkeiten und Kosten.....	49
6 Abmahnungen: zwei Beispiele aus der Praxis.....	52
7 Fazit.....	54
Literaturverzeichnis.....	XII
Eigenständigkeitserklärung.....	XVI

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Alt.	Alternative
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
BGB	Bundesgesetzbuch
BO	Berufsordnung
bzw.	beziehungsweise
DDR	Deutsche Demokratische Republik
d.h.	das heißt
DJV	Deutscher Journalistenverband
DNBG	Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Insbes.	Insbesondere
i.V.m.	in Verbindung mit
J.	Journalismus
KUG	Kunsturhebergesetz

LPresseG	Landespressegesetz
Nr.	Nummer
PDF	Portable Document Format
PR	Public Relations
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TV	Television
u.a.	unter anderem
USA	United States of America
Vgl.	Vergleich
ZPO	Zivilprozessordnung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wer reichte die Beschwerde ein 2012?.....	46
Abbildung 2: Gegen wen richtete sich die Beschwerde 2012?.....	47
Abbildung 3: Inhaltlicher Schwerpunkt 2012.....	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gegenansprüche bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen.....	43
--	----

Vorwort

Wie sieht unser Nutzungsverhalten der Medien im Alltag heutzutage aus? Morgens, während wir genüsslich am Frühstückstisch sitzen und einen starken Kaffee zu uns nehmen, gibt ein munterer Moderator im Radio die aktuellsten Informationen von sich und klärt uns über die Launen des Wetters am heutigen Tage auf. Auf dem Weg zur Arbeit vertiefen wir uns während der U-Bahn-Fahrt in die Stuttgarter Zeitung: Der Fernsehturm wird wegen Wartungsarbeiten vorübergehend geschlossen sein und auf dem Schlossplatz findet um 12:30 Uhr eine Demonstration gegen das Großprojekt Stuttgart 21 statt. Am Bürogebäude angekommen überfliegen wir noch rasch – während der Aufzug uns in den fünften Stock an unseren Schreibtisch bringt – das Mitarbeitermagazin von Daimler und lesen ein Portrait über den Chefdesigner der neuen A-Klasse. Nach dem einloggen in unseren Rechner am Schreibtisch im Büro öffnet sich automatisch die Startseite von T-Online und wir bekommen eine Headline zu lesen die besagt, dass eben diese Demonstration gegen Stuttgart 21 dazu führt, dass am heutigen Tage 200 Polizisten am Einsatzort tätig sein werden. Am Abend fasziniert uns eine ARD-Dokumentation – von der wir über einen Tweet bei Twitter erfahren haben – und zieht uns an den Fernsehbildschirm: Markencheck – Weltkonzerne wie Coca-Cola oder Adidas werden von engagierten Redakteuren genauestens unter die Lupe genommen, kritisch hinterfragt und daraufhin bewertet. Beim anschließenden weiter zappen durch die Fernsehkanäle stoßen wir auf die unterschiedlichsten Sendungen, die alle eines wollen: Informieren und Realität inszenieren. Sei es 'Circus Halligalli', die Talkshow 'Hart aber fair' oder Fußball – alle inszenieren sie, auf die unterschiedlichste Art und Weise, die Wirklichkeit.¹ Um aber sagen zu können, ob und wann es sich bei den verschiedenen Beiträgen um Journalismus handelt oder nicht, benötigen wir eine Definition. Mit der Definition des Journalisten lässt sich klären, welche Personen sich an die Pflichten der Presse zu halten haben und sich auf deren Sonderrechte berufen können. Mit dieser Definition wird aber auch klar, wer im Falle einer Rechtsverletzung haftbar gemacht werden kann. Diese Arbeit soll somit einen ersten Einblick in die Grundlagen des Journalismus und dessen Rechtslage geben und alltägliche Fragen der Pressetätigen klären. Welche Reaktionsmöglichkeiten hat ein Journalist, wenn an ihn ein Unterlassungsschreiben gerichtet wird? Und welche Vorsorgemaßnahmen kann er treffen, um dies von vornherein zu verhindern? Aber auch die Kosten und die besonders betroffenen Bereiche der Abmahnungen sollen in dieser Ausarbeitung geklärt und erläutert werden.

¹ Vgl. Meier 2011: 12.

1 Wissenschaftliche Grundlagen zum Journalismus

1.1 Definition und Einordnung des Journalismus

Der Deutsche Journalistenverband definiert das Berufsbild eines Journalisten und somit den Journalisten selbst wie folgt:

„Journalistin/Journalist ist, wer nach folgenden Kriterien hauptberuflich an der Erarbeitung bzw. Verbreitung von Informationen, Meinungen und Unterhaltung durch Medien mittels Wort, Bild, Ton oder Kombinationen dieser Darstellungsmittel beteiligt ist:

1. Journalistinnen und Journalisten sind fest angestellt oder freiberuflich tätig für Printmedien [...], Rundfunksender [...], digitale Medien [...], Nachrichtenagenturen, Pressedienste, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit [...] sowie in der medienbezogenen Bildungsarbeit und Beratung.
2. Zu journalistischen Leistungen gehören vornehmlich die Erarbeitung von Wort- und Bildinformationen durch Recherchieren [...] sowie Auswählen und Bearbeiten der Informationsinhalte, deren eigenschöpferische medien-spezifische Aufbereitung, Gestaltung und Vermittlung, ferner disponierende Tätigkeiten im Bereich von Organisation, Technik und Personal.
3. Journalistinnen und Journalisten üben ihren Beruf aus als freiberuflich Tätige oder als Angestellte eines Medienunternehmens bzw. im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eines Wirtschaftsunternehmens, einer Verwaltung oder einer Organisation. [...].“²

Journalismus ist demnach jedes Ergebnis oder Produkt, das von einer Person erarbeitet worden ist, die oben genannte Kriterien erfüllt. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Arbeitsplatz im Bereich der Printmedien, dem Rundfunk oder dem digitalen Bereich liegt. Klaus Meier, Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, definiert hingegen nicht den Journalisten selbst, sondern den Journalismus:

² Deutscher Journalistenverband, Berufsbild Journalistin – Journalist, 22.11.2013.

„Journalismus recherchiert, selektiert und präsentiert Themen, die neu, faktisch und relevant sind. Er stellt Öffentlichkeit her, indem er die Gesellschaft beobachtet, diese Beobachtungen über periodische Medien einem Massenpublikum zur Verfügung stellt und dadurch eine gemeinsame Wirklichkeit konstruiert. Diese konstruierte Wirklichkeit bietet Orientierung in einer komplexen Welt.“³

Hier wird weniger die erarbeitende Person definiert, sondern vielmehr das Vorgehen und das Ergebnis deren Arbeit. Beide Definitionen zeigen aber eines: Das Erarbeiten und Verbreiten von Information ist das Kernelement des Aufgabenbereichs eines journalistisch Tätigen.

Allgemein wird der Begriff Journalismus unterschiedlich weit gefasst. Einige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen definieren den Journalismus als Haupt- und Nebenberuf von Personen, die Informationen sammeln, sichten, prüfen und sich mit dem kommentieren von aktuellen Ereignissen befassen. Die recht simple Definition kann jedoch die Vielfalt der heutigen Aufgaben nicht mehr richtig greifen. Besonders durch die neuen Medien haben sich in den letzten Jahren die Anforderungen an den Journalisten deutlich erhöht und es wird eine enorme Bandbreite an Wissen und Flexibilität abverlangt.⁴ Die Massenmedien bieten inzwischen derart viele Formen der öffentlichen Kommunikation, dass es schwierig ist, eine klare Abgrenzung zu formulieren, die deutlich zeigt: Das ist Journalismus und das nicht. Der Journalist muss heute nicht mehr nur recherchieren, schreiben und letztendlich gezielt und wahrheitsgetreu die Öffentlichkeit informieren, sondern hat ein breiteres, vielfältigeres und schwierigeres Aufgabenfeld zu meistern, als es in den vergangenen Jahren war. Der Journalist soll heute multimedial denken und arbeiten, sowie seine Arbeit effizient organisieren, wettbewerbsfähige Formate finden und sich um das Kostenmanagement kümmern. Gute Artikel und Sendungen zu produzieren reicht in unserer Zeit nicht mehr aus.⁵

Die Generation, in der wir leben, wird als die Medien- und Informationsgeneration bezeichnet und zwar aus folgendem Grund: Im heutigen Zeitalter sind die alten sowie die neuen Medien überall und ständig präsent. Wir nutzen sie längst mit einer Selbstverständnis, als ob wir es nie anders gekannt hätten. Ob wir unsere Tickets bei der Deutschen Bahn per App kaufen, unserer Zeitung morgens am Frühstückstisch

³ Meier 2011: 13.

⁴ Vgl. Brauner u.a. 2001: 189.

⁵ Vgl. Mast 2012: 13.

über ein elektronisches Tablet lesen oder wir dem Internet-Radio bei der Arbeit lauschen - wir sind ständig in Kontakt mit den Medien. Rund 80 Prozent aller Deutschen lesen regelmäßig die Zeitung, die Hälfte liest Zeitschriften und im Schnitt hört der Deutsche Bürger etwa dreieinhalb Stunden Radio täglich.⁶ Etwa 37 Millionen Deutsche besitzen Ende 2013 ein Smartphone⁷ und die durchschnittliche Nutzungsdauer des Internets liegt bei 80 Minuten täglich.⁸ Dabei werden unsere Medien oft nur als Verbreitungsträger von Text, Bild, Ton und Wort angesehen und betitelt. Die sogenannten Massenmedien werden für gewöhnlich unterschieden in Printmedien (Zeitschriften, Zeitungen) und Non-Print-Medien (TV, Hörfunk, Online-Medien).⁹ Doch sind sie nicht viel mehr? Sie sind ebenso technische Verbreitungsträger, wie auch emotionale Verbreitungsträger, was folgende Definition zeigt:

„Medien oder Massenmedien sind alle technischen Mittel zur Vermittlung von Informationen und Emotionen bei räumlicher und zeitlicher oder raumzeitlicher Distanz zwischen den Kommunikationspartnern an ein voneinander getrenntes Publikum.“¹⁰

Der Medienbegriff bekommt mit dieser Definition zwar vor allem einen technischen Aspekt. Aber die Produkte dieser Technik und die jeweiligen Personen, die für die Verbreitung der Informationen zuständig sind gehören ebenfalls dazu. Sie vermitteln die emotionale Seite – welches Medium bringt welchen Inhalt des Artikel am besten an den User? Welches Medium hat die gewünschte Wirkung auf den User? Über welches Format wird die Öffentlichkeit am direktesten, schnellsten oder nachhaltigsten erreicht? Der Journalismus gliedert sich dabei gekonnt in die unterschiedlichsten Bereiche der Massenmedien ein, was folgende Definition noch einmal schön zum Ausdruck bringt:

„J. trägt zur Synchronisation der Weltgesellschaft bei und ermöglicht Systemen in ihrer Umwelt, [...] sich selbst im Spiegel journalistischer Leistungen zu beobachten und auf Umweltveränderungen zu reagieren. In demokratischen Gesellschaften stellt J. über die redaktionellen Teile der ▶ Massenmedien ▶

6 Vgl. Schellmann u.a. 2013: 12.

7 Vgl. Statista, Anzahl der Smartphone-Nutzer in Deutschland bis 2013, 06.01.2014.

8 Vgl. Statista, Prognose zur Dauer der Mediennutzung in Deutschland bis 2012, 06.01.2014.

9 Vgl. Brauner u.a. 2001: 251.

10 Wirtschaftslexikon Gabler, Massenmedien, 27.11.2013.

Öffentlichkeit her durch die Herstellung und Bereitstellung von Themen zur öffentlichen Kommunikation.“¹¹

Die Medien - und somit auch der Journalismus und die Presseschaffenden - gelten heute als gesellschaftliches Teilsystem, das sich eigenständig und überschneidend in die Bereiche der Wirtschaft, Politik, der Verwaltung und der Kultur gliedert und anerkannte Arbeit für diese Bereiche leisten kann.¹²

1.2 Geschichte und Entwicklung

„Der Journalismus entwickelte sich im Laufe von vier Jahrhunderten aufgrund eines Zusammenspiels von technischen Erfindungen und Verbesserungen, kommunikationspolitischen und rechtlichen Regulierungen sowie aufgrund wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandels.“¹³ So fasst Klaus Meier die Ursachen der Entwicklung präzise und kaum knapper möglich zusammen. Im Folgenden werden die Etappen der Journalismusgeschichte grob umrissen und aufgeführt:

Um das Jahr 1450 erfindet Johannes Gutenberg den Buchdruck mit Lettern, die sich bewegen lassen und bietet somit der Entwicklung der Zeitung eine Basis. Dreißig Jahre darauf entstehen die ersten Flugblätter und Einblattdrucke, die als Zeitung fungieren jedoch noch nicht regelmäßig erscheinen. Ab 1780 dann gehen die ersten periodischen Zeitungen auf der ganzen Welt in Druck - die Londoner *Times* gibt es seit 1788 und die *Frankfurter Zeitung* existierte von 1866 bis 1943. Ab dem Jahre 1815 ging das Ringen um die Pressefreiheit in Deutschland los und zog sich über mehr als dreißig Jahre hin. 1874 wurde endlich dann das Reichspressegesetz erlassen, das erstmalig die Pressefreiheit in Deutschland garantierte. Durch den ersten Weltkrieg jedoch kam es aufgrund der Militärzensur und staatlicher Presseanweisungen zur Einschränkung und Unterdrückung der erst gewonnenen Freiheit der Presse. Über dreißig Jahre später stehen die Medien nach dem zweiten Weltkrieg unter der Aufsicht der Alliierten. Die Briten und Amerikaner lenken die Presse und setzten sich die *Reeducation* der deutschen Journalisten zum Ziel. Mit dem Fall der Mauer und dem damit verbundenen Ende der DDR gilt die Pressefreiheit von nun an in ganz Deutschland. Über das 19. Jahrhundert hinweg entstehen große Pressekonzerne, die ihre Aufgabe im Verbreiten der Massenpresse sehen - bekannte Konzerne sind

¹¹ Bentele u.a. 2013: 141.

¹² Vgl. Rußmohl 2010: 24.

¹³ Meier 2011: 70.

beispielsweise *Mosse* und *Ullstein*. Der Spiegel und die Deutsche Welle sind die ersten Medien, die 1994 eine Website mit journalistischen Inhalten im Internet zur Verfügung stellen.¹⁴

1.3 Aufgaben des Journalismus

Der Journalismus soll als Frühwarnsystem der Gesellschaft dienen und dazu gehört es, die Gesellschaft bestmöglich über Geschehnisse zu informieren, die sie direkt oder indirekt betreffen. So wird die Aufmerksamkeit auf Ereignisse und Themengebiete gelenkt, es entstehen Diskussionen zu gesellschaftlichen Problemen und die Meinungsbildung der Bevölkerung ist gewährleistet. Das Wichtige bei der Selektion der Informationen ist, dass diese eine größtmögliche Themen- und Meinungsvielfalt bieten sollen. Weitere Aufgaben sind die Kritik und die Kontrolle der Demokratie. Missstände, Fehlentscheidungen und Korruptionen sowie bürokratische Willkür sollen aufgedeckt werden und schlussendlich soll mit dem Journalismus die Behebung der Probleme angekurbelt werden.¹⁵

Die Pressegesetze der Bundesländer von Deutschland werden in einem Mustergesetzes zusammenfassend dargestellt. Folgender Auszug erläutert näheres zur Aufgabe der Presse:

„§3 Öffentliche Aufgabe der Presse. Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe, indem sie insbesondere in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt.“¹⁶

In § 8 werden zudem die persönlichen Anforderungen an den verantwortlichen Redakteur aufgezeigt, beziehungsweise nach bestimmten Kriterien ausgeschlossen, wer nicht als Redakteur tätig sein darf.¹⁷ Der Deutsche Journalistenband hingegen formuliert einige Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz ergeben und die Qualifikation des Priesetätigen garantieren sollen.

Ein journalistisch Tätiger sollte laut dem DJV folgende Eigenschaften vorweisen können:

¹⁴ Vgl. Meier 2011: 70ff.

¹⁵ Vgl. Meier 2011: 15.

¹⁶ Fechner, Mayer 2012: 362.

¹⁷ Vgl. Fechner, Mayer 2012: 362.

- soziales und gesellschaftspolitisches Verantwortungsbewusstsein,
- logisches und analytisches Denken,
- sprachliche Ausdrucksfähigkeit und -sicherheit,
- Einfühlungsvermögen und Kreativität,
- Kontaktfähigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit,
- Konflikt- und Kritikfähigkeit.¹⁸

Da das Allgemeinwissen sowie das Aneignen von Sachwissen ebenfalls grundlegende Elemente der Tätigkeit eines Journalisten darstellen, rät der Deutsche Journalistenverband einem jeden Presseschaffenden zu einem Studium oder einer Berufsausbildung sowie zu einer ständigen Weiterbildung in entsprechenden Bereichen.¹⁹ Dadurch werden folgende Kompetenzen erlernt oder gefestigt:

- Beherrschung der medienspezifischen Darstellungs- und Vermittlungstechniken,
- Fähigkeiten zur Gestaltung der publizistischen Produkte,
- Beherrschung der unterschiedlichen Methoden der Recherche und der Nachrichtenprüfung,
- Kenntnisse der medienrechtlichen Grundlagen,
- Kenntnisse der Wettbewerbsformen und der Medienstruktur.²⁰

1.4 Berufsfelder und Tätigkeiten

Das Lexikon der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gliedert die Berufsfelder des Journalismus in vier Kategorien, die da wären Medien, Funktion, Arbeitsposition und Aufgabe. Die Kategorie der Medien zählt die Zeitung, die Zeitschrift, den Hörfunk, das Fernsehen und die Online-Medien zu den Berufsfeldern eines Journalisten. Um diese Einordnung auszubauen, wird in der Kategorie Funktion das Berufsfeld zusätzlich noch um den Informations-, Unterhaltungs- und Ratgeberjournalismus erweitert. Um auch

¹⁸ Deutscher Journalistenverband, Berufsbild Journalistin – Journalist, 12.12.2013.

¹⁹ Vgl. Deutscher Journalistenverband, Berufsbild Journalistin – Journalist, 12.12.2013.

²⁰ Deutscher Journalistenverband, Berufsbild Journalistin – Journalist, 12.12.2013.

die verschiedenen Arbeitspositionen abzudecken gehört sowohl die Berufsbezeichnung Volontär, Redakteur, Ressortleiter, Chef vom Dienst und Ausbildungsleiter mit zum Feld der journalistisch Arbeitenden. Als vierte Kategorie wird hier die Berufsaufgabe aufgeführt – vom klassischen Reporter über Berichterstatter, Umbruchredakteur, Redaktionsmanager bis hin zum Nachrichten- oder Bildjournalist. Weitere Berufsfelder und Beschäftigungsmöglichkeiten sind die Öffentlichkeitsarbeit, die interne und externe Unternehmenskommunikation sowie Investor Relations.²¹

Die Tätigkeiten eines journalistisch Arbeitenden reichen vom recherchieren und dokumentieren über auswählen, redigieren und formulieren bis hin zum kommentieren, bearbeiten und organisieren. Zum alltäglichen Geschäft gehört es Informationen für Beiträge zu sammeln und zu erfragen, um durch eine sichere Basis an Informationen journalistische Beiträge verfassen zu können. Oft können Presseschaffende nicht alle gesammelten Informationen verwenden, daher muss sorgfältig selektiert und nach Relevanz sortiert werden. Auch beim Bearbeiten fremder Beiträge, wie der von Pressemitteilungen beispielsweise, ist darauf zu achten, dass die Aussage nicht durch Kürzungen verfälscht wird. Was das Formulieren von Beiträgen angeht, ist hier besondere Vorsicht geboten. Große Unterschiede bestehen in der Aufbereitung und Schreibart zwischen den Printmedien, dem Hörfunk, dem Fernsehen sowie den Online-Medien. Ebenfalls zum Feld der Tätigkeiten gehört die gestalterische und dramaturgische Präsentation der gesammelten Informationen - wo ist es von Nöten ein Bild zu zeigen, wo eignet sich eher eine Karikatur und wo ist der Verweis auf einen anderen Artikel sinnvoll? Diese Fragen gilt es zu beachten. Der Informationsfluss und das stetige Nachkommen an Neuigkeiten muss konstant sein und will gut geplant und organisiert sein. Es wird immer wichtiger beispielsweise brisante Vorab-Meldungen geschickt zu platzieren, um die User auf den kommenden Beitrag neugierig zu machen.²² Die journalistischen Arbeitsfelder überlappen sich aufgrund technischer Errungenschaften und den daraus sich verändernden Organisationsstrukturen einer Redaktion. Der Deutsche Journalistenverband gliedert die Arbeitsfelder für Journalisten in sieben Bereiche:

- **Printmedien**, zu denen Zeitungen, Zeitschriften, Anzeigenblätter und aktuelle Verlagsproduktionen zu zählen sind, verbreiten Informationen mittels Texten, Bildern und Zeichnungen.

²¹ Vgl. Brauner u.a. 2001: 191.

²² Vgl. Brauner u.a. 2001: 193.

- **Rundfunk**, zu dem Hörfunk und Fernsehen zu zählen ist, stellt Informationen, Meinungen, und Bildung mit audiotecnischen und visuellen Möglichkeiten her.
- **journalistische Online-Medien** arbeiten mit digitalisierten Texten und Bildern und können sich mit diesen an einen unbeschränkten Kreis von Usern mit spezifischen Interessen wenden. Diese Medien weisen eine hohe Aktualität auf.
- **Nachrichtenagenturen** tragen die neusten Informationen für alle Arten von Medien zusammen, um diese in Form von Beiträgen an die Presse weiterzugeben.
- **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**, Presseschaffende in diesem Bereich informieren die breite Öffentlichkeit durch eigens produzierte Beiträge mittels Wort, Bild und Pressekonferenzen.
- **Bildjournalismus** möchte die Öffentlichkeit mittels Fotografien, Videos, Grafiken oder Karikaturen informieren und unterhalten.
- **medienbezogene Bildungsarbeit und Beratung** bedeutet, in einer Einrichtung zu arbeiten, die Personen auf das Berufsleben eines Presseschaffenden vorbereitet, sowohl mittels Aus- und Weiterbildungs-tätigkeiten als auch in beratender Funktion.²³

1.5 Besonderheiten des Online-Journalismus

Der Online-Journalismus erweitert das Spektrum der alten Medien enorm. Hier kann die Presse ihre Beiträge schneller, dadurch aktueller und auch länger präsentieren und dem User zur Verfügung stellen. Die Anfänge des Online-Journalismus liegen im Jahr 1994. Verschiedene Medien u.a. in den USA begannen im Internet ihre journalistisch erarbeiteten Inhalte anzubieten. Zu Beginn waren es meist Webmagazine von großen Medienunternehmen, die einen Versuch auf der neuen Plattform wagten. Nach und nach entstanden Online-Redaktionen, die sich nur mit der Produktion von Inhalten fürs Internet beschäftigten. Durch die Webmagazine und E-Papers der Redaktionen ergab sich für viele große Verlagsunternehmen und Medienunternehmen eine neue Möglichkeit der Userbindung.²⁴ Auch viele Tageszeitungen haben mit dem Zeitalter der Digitalisierung ihr Angebot erweitert und sind auf digitale Zeitungen – sogenannte

²³ Vgl. Deutscher Journalistenverband, Berufsbild Journalistin – Journalist, 12.12.2013.

²⁴ Vgl. Brauner u.a. 2001: 169.

Webmagazine oder E-Paper umgestiegen. Inzwischen besitzen viele Verlage neben den bisherigen Print-Redaktion auch eine Online-Redaktion. Über E-Paper werden meist die Abbilder der Print-Versionen zusätzlich als PDF-Dateien angeboten.²⁵

Das angestrebte Ziel soll es sein, den Leser über so viele Kanäle wie möglich erreichen zu können. Interessant und wichtig sind die crossmedialen Strategien, die für die Leser entwickelt werden, denn heutzutage kauft man sich nicht mehr nur die Zeitung, sondern man möchte mobil ein E-Paper abrufbar zur Hand haben oder im Internet die neusten News knapp und übersichtlich zusammengefasst bekommen - und das jederzeit. Dass sich für die Journalisten dadurch auch die Arbeitsweise und die Arbeitszeiten geändert haben, zieht das Modell der Netzzeitung mit sich. Die Leser erwarten rund um die Uhr die neusten Informationen zu lesen zu bekommen und immer auf Abruf auch Zugriff auf ältere Artikel zu haben. Daher wird in den Online-Redaktionen in verschiedenen Schichten, wie beispielsweise mit zusätzlichen Früh- und Nachtschichten gearbeitet. Einer der Vorteile einer Online-Redaktion, ist der enorme Platz, der sich für eine Story zur Verfügung stellt. Über Bilder, Grafiken und Filme kann das Ereignis zusätzlich ausgeschmückt und detaillierter gestaltet werden. Links verweisen auf Quellen und Zusatzmaterial und interessierte Leser können direkt in eine Diskussion mit dem Redakteur oder anderen Lesern treten. Außerdem kommt der Online-Journalist durch das Internet viel schneller an Informationen heran, die nicht unbedingt in seinem nahen Umfeld liegen und er kann diese dann auch unverzüglich weiterreichen. Bilder und Handy-Videos machen blitzschnell auf der ganzen Welt ihre Runde. Einer der Nachteile hingegen ist der, dass Online-Redaktionen rund um die Uhr unter Beobachtung stehen. Das Phänomen des Shit-Storms ist schon manch einem Unternehmen im Netz zum Verhängnis geworden. Jedoch können Redaktionen die Kritik der Leser in den Online-Auftritt mit einfließen lassen, den kritisierenden Usern antworten und mit ihnen in Diskussion treten.²⁶

1.6 Zukunftsaussichten

Die Medienlandschaft verändert sich und als Resultat daraus verändert sich ebenfalls das Berufsfeld des Journalismus. Die zentralen Trends im Zeitschriftenmarkt und die ausgetüftelten Konzepte der Verlagsbranche - um sich den Entwicklungen der Zeit anzupassen - werden im folgenden geschildert:

²⁵ Vgl. Mast 2012: 58.

²⁶ Vgl. Schellmann u.a. 2013: 43.

„Der Markt für Publikumszeitschriften ist gesättigt bzw. übersättigt. Es findet ein heftiger Umverteilungs- und Verdrängungswettbewerb statt, da neue Zeitschriften stets zu Lasten von etablierten gehen. Die Auflagenzahlen bei Publikumszeitschriften sinken, und zwar sowohl in absoluten Größen als auch im Hinblick auf die durchschnittliche Auflage. Die Werbeerträge sind seit Jahren bei den Publikumszeitschriften stark geschrumpft, noch stärker bei den Fachzeitschriften.

Verlage sind bemüht, durch die ständige Gründung neuer Titel den Erfolg zu sichern. So wurde jede zweite Publikumszeitschrift innerhalb der letzten zehn Jahre gegründet. Das Phänomen, dass im Zeitschriftenmarkt die verkaufte Auflage bei wachsender Zahl von Titeln stagniert, wird sich weiter verstärken. Der Ausbau von Online-Angeboten, die zudem eng mit den Printausgaben vernetzt sind, wird vorangetrieben.“²⁷

Das Ziel im heutigen Journalismus ist somit die größtmögliche Aktualität. Das will heißen: Live-Berichterstattung im Fernsehen, Radio und Internet rund um die Uhr. Die alt bekannten Medien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen haben längst ihre Angebote angepasst und modernisiert. Alle versuchen via E-Paper, Apps oder Online-Angeboten ihre alten wie neuen Angebote zu vernetzen, um ihre User, die mit Smart-Phones und Tablet-Pc's ausgestattet sind, zu erreichen - und um sie weiterhin binden zu können.²⁸ Neue, technische Errungenschaften, die Reizüberflutung durch die Massenmedien und die Geschwindigkeit - mit der neue, aktuelle Informationen aus aller Welt hereinbrechen - setzen dem Berufsfeld des Presseschaffenden zu. Viele Redaktionen verlassen die traditionellen Wege und versuchen sich an neuen Formen der crossmedialen Möglichkeiten. Sie vernetzen die Inhalte der alten Medien über die Plattformen der neuen Medien - sei es über einen Twitteraccount oder ein Facebook-Profil. Das Aufgabenfeld für Journalisten wird dabei breiter, vielfältiger und schwieriger. Es genügt nicht mehr, nur gute Artikel oder Sendungen zu produzieren, sondern Journalisten müssen heute multimedial arbeiten - denken, planen und handeln. Eine große Rolle in den Redaktionen spielt ebenfalls das Erschließen von wettbewerbsfähigen Formaten. Die User der heutigen Massenmedien sind wählerischer und überlegen sich genau, für welche journalistische Arbeit und für welches Produkt es sich noch lohnt Geld auszugeben und auf welchen Plattformen im Netz man sich am besten, schnellsten und aktuellsten Informieren kann. Von der

²⁷ Schellmann u.a. 2013: 151.

²⁸ Vgl. Rußmohl 2010: 27ff.

Recherche komplexer Themen bis zur Einbindung von Communitys – die Anforderungen an den Journalismus steigen. Den Konkurrenzkampf unter den Redaktionen entscheidet Ideenreichtum, professionelles Handeln und marktgerechte Umsetzung publizistischer Konzepte.²⁹

²⁹ Vgl. Mast 2012: 13.

2 Das Regelwerk der Presse

Im weiten Sinne betrachtet, gehören allerlei Vorschriften in den Bereich der Presse. Neben dem Zivil- und Strafrecht sind u.a. ebenfalls die Urheberrechte und das Wettbewerbsrecht zu betrachten, genauso wie das Arbeits- und Kartellrecht.³⁰ Die bedeutendsten Regelwerke der Presseschaffenden sind im wesentlichen der Art. 5 des Grundgesetzes, der als Basis für alle weiteren Bestimmungen der Presse fungiert. Ebenso sind es die Landespressegesetze, die die Einzelrechte der Journalisten festhalten. Zusätzlich gibt es für die journalistisch Tätigen im Bereich der neuen Medien - insbesondere dem Internet - spezifische Rechte und Pflichten, die im Rundfunkstaatsvertrag und im Telemediengesetz aufgeführt sind. Zu guter Letzt stellt der Pressekodex noch ein weiteres Glied in der Reihe der Regelwerke dar. Er stellt eine Anhäufung von Richtlinien und Ratschlägen zur Verfügung, die zur Orientierung für die Arbeitsweise von Journalisten dienen soll. Er ist kein verpflichtendes Regelwerk.³¹

Die Berufsgruppe der Journalisten unterliegt einem bestimmten Netz von Rechten und Pflichten. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob der Journalist für einen Verlag, einen Rundfunksender oder in den Online-Medien arbeitet - alle müssen über eine gewisse Rechtskenntnis verfügen, ohne die die praktische Arbeit ansonsten schnell Schwierigkeiten bereitet. Der verfassungsrechtliche Grundstein für alle Tätigkeiten im Bereich der Medien ist das Grundgesetz. In dessen Art. 5 GG werden Rechte wie die Meinungsäußerungsfreiheit, die Pressefreiheit oder die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film festgehalten.³²

Das Recht für die Presse wird in den Landespressegesetzen aufgeführt - die meisten der Gesetze sind in ihren Grundzügen mit denen der anderen Bundesländer konform. Einige Unterschiede bestehen lediglich in der Zählung der Paragraphen. Eines der wichtigsten Presserechte in den Landespressegesetzen ist das des Auskunftsanspruchs. Andere Gesetze wie das Redaktionsgeheimnis und der

³⁰ Vgl. Wandtke 2011: 45.

³¹ Vgl. Upload Magazin, Basiswissen Journalismus: Presserecht für Journalisten und Blogger, 05.12.2013.

³² Vgl. Fricke 2010: 21.

Tendenzschutz ergeben sich aus dem Art. 5 Abs. 1 Satz 1, 1. Alt. GG, auf welche in den folgenden Kapiteln noch genauer eingegangen wird.³³

Die Rundfunkfreiheit wird in Art. 5 Abs. 1 Satz 2, 2. Alt GG geregelt. Hierbei wird neben der Pressefreiheit und der Freiheit des Films auch die Freiheit des Rundfunks garantiert. Die Rundfunkfreiheit hat aufgrund ihrer technischen Grundlage gegenüber der Presse ein paar abweichende Festlegungen in den Gesetzen erfahren. Die Rundfunkfreiheit dient der freien individuellen und vor allem öffentlichen Meinungsbildung in einem umfassenden Sinne, die jede Informations- oder Meinungsvermittlung einschließt. Dazu gehören auch beispielsweise Hörspiele und Unterhaltungssendungen.³⁴

Das Telemediengesetz wurde im Jahr 2007 vom Gesetzgeber erlassen und umfasst alle Rechte und Pflichten für Telemedien, wie die Impressumspflicht, die Zulassungsfreiheit der Telemedien oder die Grundsätze zum Datenschutz. Als Telemedien gelten beispielsweise private Webseiten, Blogs, Internetsuchdienste und Werbemails.³⁵

Näheres zum Pressekodex findet sich in Kapitel 2.2.

2.1 Gesetzliche Kontrolle der Presse

2.1.1 Die Basis: Pressefreiheit

Die Freiheit der Presse wird von der deutschen Verfassung durch den Art. 5 Abs. 1 GG geschützt und umfasst die gesamte journalistische und publizistische Betätigung. Der Art. 5 schützt in erster Linie vor staatlicher Einflussnahme in die Arbeit der Presse und garantiert somit eine freie Meinungsbildung der Bevölkerung.³⁶ Desweiteren wird in den Landespressegesetzen alles weitere zum Recht der Presse festgelegt, auf welches im weiteren Verlauf der Arbeit noch eingegangen wird. Die Freiheit der Presse (Kommunikationsfreiheit, insbes. Medienfreiheit; Kunst- und Wissenschaftsfreiheit) wird im Grundgesetz wie folgt definiert:

³³ Vgl. Fechner, Mayer 2012: XIII.

³⁴ Vgl. Fricker 2010: 43f.

³⁵ Vgl. Fricke 2010: 72f.

³⁶ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 204.

„Art 5. (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre. (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“³⁷

Hier werden also die Meinungsäußerungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Informationsfreiheit und auch die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film festgelegt. Diese Rechte sind unerlässlich für die Arbeit eines jeden Journalisten und nur durch diese Rechte kann die freie Meinungsbildung im öffentlichen Raum gewährleistet werden. Die Schranken der Pressefreiheit finden sich in allgemeinen Gesetzen als auch im Jugendschutzgesetz und dem Persönlichkeitsrecht.³⁸ In Deutschland gilt außerdem das Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG). Keiner staatlichen Stelle muss eine mediale Äußerung vor der Veröffentlichung auf Verlangen vorgelegt werden. Das Gesetz soll sicherstellen, dass kein Journalist in seiner Arbeit beeinträchtigt wird. Falls ein Journalist jedoch strafbare Inhalte veröffentlicht hat, kann es eine strafrechtliche Verfolgung geben und zur Folge werden Durchsuchungen und Beschlagnahmen in den Redaktionsräumen vorgenommen.³⁹ Die Landespressegesetze halten u.a. noch einmal die Freiheit der Presse fest:

„§ 1 Freiheit der Presse. (1) Die Presse ist frei. Sie dient der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. (2) Die Freiheit der Presse unterliegt nur Beschränkungen, die durch das Grundgesetz unmittelbar und in seinem Rahmen durch dieses Gesetz zugelassen sind. (3) Sondermaßnahmen jeder Art, die die Pressefreiheit beeinträchtigen, sind verboten.“⁴⁰

Hierdurch wird also die unzensurierte Verbreitung von Beiträgen in Wort, Schrift und Bild gewährleistet. Dabei ist es unbedeutend, ob der Beitrag von einer renommierten Zeitung oder von einem billigen Klatschblatt stammt. Desweiteren bedarf es für den

³⁷ Gesetze im Internet, Grundgesetz Einzelnorm, 13.12.2013.

³⁸ Vgl. Fricke 2010: 23.

³⁹ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 210.

⁴⁰ Fechner, Mayer 2012: 361.

Beruf des Journalisten keiner Art von Zulassung, ebenso wenig wie für die Gründung eines Verlages.⁴¹

2.1.2 Definition der Presse

Die Landespressegesetze definieren den Begriff Presse vordergründig als Druckerzeugnisse, die periodisch erscheinen, wie beispielsweise Zeitungen.

„§ 6 Begriffsbestimmung. (1) Druckwerke im Sinne dieses Gesetzes sind alle mittels der Buchdruckerpresse oder eines sonstigen zur Massenherstellung geeigneten Vervielfältigungsverfahrens hergestellten und zur Verbreitung bestimmten Schriften, besprochenen Tonträger, bildlichen Darstellungen mit und ohne Schrift, Bildträger und Musikalien mit Text oder Erläuterung.“⁴²

Nicht zur Presse zugehörig laut dieser Definition sind Formulare, Preislisten Geschäftsberichte und Stimmzettel für Wahlen. Wichtig hierbei ist der Begriff des Vervielfältigungsverfahrens. Das zu druckende Werk muss für einen größtmöglichen Kreis von Personen zugänglich sein.⁴³ Somit wird die rein technische Seite der Herstellung und Verbreitung behandelt. Man kann den Begriff der Presse jedoch auch weitaus breiter fassen. Man kann zu dem Begriff der Presseerzeugnisse auch die vollständig umfassende Einrichtung der Presse zählen. Mit inbegriffen sind hier ebenfalls die Tätigkeiten der Journalisten sowie das für diese tätige Personal im Bereich Redaktion, Administration, Technik und Vertrieb.⁴⁴ Nicht von dieser Begriffsdefinition erfassen sind alle körperlosen Verbreitungsformen beispielsweise das Fernsehen oder Beiträge im Internet. Hierfür gelten die Regeln der Telemediengesetze und die der Telemedien im Rundfunkstaatsvertrag.⁴⁵

Zur Geschichte der Presse und zur Entstehung des Begriffs *Presse* lässt sich folgendes sagen: Zu dem Zeitpunkt des Entstehens der ersten Zeitungen im 17. Jahrhundert war die Aufgabe der Presse fernab von deren heutigen Funktion - die Öffentlichkeit bestmöglich über Ereignisse im Staatssystem zu informieren. Das Recht der Presse war zunächst so ausgelegt, dass die Herrscher Beiträge und Druckschriften eliminieren und verhindern konnten, die nicht im Sinne des Staates waren und von

41 Vgl. Deutscher Journalistenverband, Pressefreiheit – ganz konkret, 12.12.2013.

42 Fechner, Mayer 2012: 362.

43 Vgl. Fechner 2013: 226.

44 Vgl. Schiwy u.a. 2010: 431.

45 Vgl. Wandtke 2011: 46.

denen eine Gefahr zum Beispiel in Form von Kritik ausging. Mit der Aufklärung kam auch die Pressefreiheit, zuerst in England durch die Eliminierung des Zensurstatuts, dann in Frankreich mittels der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte als auch in Amerika durch die Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1776. Deutschland war noch nicht so weit. Erst durch die Paulskirchenverfassung kam die Pressefreiheit wieder zur Sprache, sie konnte jedoch die Freiheit der Presse nicht garantieren. Die Weimarer Reichsverfassung trug nur zur Meinungsfreiheit ihren Teil bei, die Informations- und Pressefreiheit blieben ungeachtet. Während der Herrschaft der Nationalsozialisten wurden ohnehin den Presseschaffenden alle Freiheiten genommen. Erst mit der Einführung des Grundgesetzes konnte die Freiheit der Presse erstmals garantiert werden.⁴⁶

2.1.3 Begriff und Inhalt des Art. 5 GG

Art. 5 GG schützt die Meinungsäußerung- und Meinungsverbreitungsfreiheit. Ob die Meinung richtig oder falsch ist spielt in diesem Kontext keine Rolle - jede Art der Meinung wird hier durch den Gesetzgeber geschützt, solange nicht die Schranken der allgemeinen Gesetze gebrochen werden, wie beispielsweise das Recht der persönlichen Ehre. Jede Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild gilt als geschützt. Ebenso auch als geschützt gelten wahre Tatsachenbehauptungen, da diese die Basis zur Bildung einer Meinung darstellen. Bei unwahren Tatsachenbehauptungen ist der Schutz nicht gewährleistet. Die Informationsfreiheit ist ebenfalls durch Art. 5 GG geschützt, da das Recht sich zu informieren die Voraussetzung dafür ist, eine Meinung äußern zu können. Informieren darf man sich aus allen Quellen, die für die Allgemeinheit zugänglich sind. Nicht allgemein zugängliche Quellen sind beispielsweise private Briefe oder betriebliche Aufzeichnungen.⁴⁷

„§ 1 Grundsatz. (1) Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes gegenüber Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Für sonstige Bundesorgane und -einrichtungen gilt dieses Gesetz, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. [...]. (2) Die Behörde kann Auskunft erteilen, Akteneinsicht gewähren oder Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen. Begehrt der Antragsteller eine bestimmte Art des

⁴⁶ Vgl. Fechner 2013: 227f.

⁴⁷ Vgl. Fricke 2010: 24f.

Informationszugangs, so darf dieser nur aus wichtigem Grund auf andere Art gewährt werden. [...].⁴⁸

In Satz 2 des Art. 5 GG werden die Grundrechte der Massenkommunikation festgehalten. Zum Begriff der Massenkommunikation gehört die Presse, der Hörfunk sowie das Fernsehen, der Film und alle neuen Medien, die dem Bereich des Internets und der Telekommunikation angehören. Damit die Presse ihre öffentliche Aufgabe erfüllen kann, wird hier die Pressefreiheit weiter, als die im Grundrecht verankerte Freiheit der Meinungsäußerung und Information, ausgelegt.⁴⁹

Ein besonders wichtiger Inhalt des Art. 5 GG ist das Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG). Um die Schere im Kopf der Journalisten und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu verhindern, darf es laut diesem Gesetz keine Zensur durch den Staat geben. Verboten sind damit lediglich Maßnahmen vor der ersten Veröffentlichung eines Beitrages. Dies fällt unter den Begriff der Vorzensur. Nach der ersten Verbreitung eines Beitrages darf es eine Nachzensur geben, da sie keine Beeinträchtigung darstellt. Sie wird über die Schranke von Art. 5 Abs. 2 gerechtfertigt. Zu guter Letzt beinhaltet der Art. 5 GG in seinem abschließenden Satz die Schranken der Mediengrundrechte. Nur im Rahmen allgemeiner Gesetze sind Eingriffe oder Beschränkungen möglich - daher ist der Eingriff nur durch Gesetze möglich, die sich nicht explizit gegen die Äußerung einer Meinung richten. Desweiteren sind die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend zu beachten - auch sie schränken die Freiheit der Medien ein. Für den Fall von Beleidungsdelikten oder unerlaubten Handlungen sieht der Schutz der Ehre ebenfalls eine Einschränkung vor, die im Strafrecht ihre Regelung finden.⁵⁰

2.1.4 Die Landespressegesetze

Die Rechte der Presse finden sich in den 16 Landespressegesetzen. Die Bundesländer von Deutschland treffen übereinstimmende Regeln, um die Themengebiete der Presse zu strukturieren und der Tätigkeit der Journalisten einen Rahmen zu geben. Inhaltlich werden die Rechte und Pflichten der Presse aufgeführt. Grundlegendes, wie die Freiheit der Presse, die Zulassungsfreiheit und die öffentliche Aufgabe der Presse bilden die Basis für die journalistische Tätigkeit. In den ersten drei Eingangsparagraphen wird festgehalten, dass die Presse frei ist, keine Zulassung

48 Bfdi, Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG), 12.12.2103.

49 Vgl. Fricke 2010: 26.

50 Vgl. Fricke 2010: 35ff.

benötigt und eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen hat. Keiner dieser drei Paragraphen verschafft der Presse zusätzliche Rechte, die nicht schon durch den Art. 5 GG gegeben wären.⁵¹

Die Landespressegesetze verschaffen allen Presseschaffenden besondere Rechte. Im Gegenzug dazu wird der Presse aber auch einiges an Pflichten auferlegt. Die journalistische Sorgfaltspflicht ist ein Kernelement davon. Ebenso wie die Beachtung des Datenschutzes oder die Impressumspflicht. Die wichtigsten Regelungen für den journalistisch Tätigen behandeln das Impressum, die Sammlung der besonderen Anforderungen an die Presseschaffenden und die Trennung von Werbung und Redaktion in den Beiträgen.⁵²

Es werden aber auch mögliche Folgen und Haftungshinweise in den Pressegesetzen aufgeführt, die aufzeigen, was beispielsweise im Falle einer Verletzung der Presseordnung geschieht:

„ § 14 Strafbare Verletzung der Presseordnung. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer 1. als Verleger eine Person zum verantwortlichen Redakteur bestellt, die nicht den Anforderung des § 8 entspricht, 2. als verantwortlicher Redakteur zeichnet, obwohl er den Voraussetzungen des § 8 nicht erfüllt, 3. wer bei einem Druckwerk strafbaren Inhalts den Vorschriften über das Impressum (§ 7) zuwiderhandelt.“⁵³

2.1.5 Vernetzung weiterer Gesetze

Beim Strafrecht ist es für Medienschaffende von besonderer Wichtigkeit, dass bei der Informationsbeschaffung keine Strafnormen verletzt werden. Dazu zählen auch die Verbote, das nicht öffentlich gesprochene Wort aufzuzeichnen oder keine Person via Stalking zu belästigen. Auch Bildaufnahmen aus dem höchstpersönlichen Lebensbereich sind untersagt. Beim Jugendschutz ist vorwiegend zwischen schwer jugendgefährdenden Inhalten, die überhaupt nicht verbreitet werden dürfen und zwischen entwicklungs-beeinträchtigenden Inhalten zu unterscheiden. Die Kenntnisnahme letzterer muss mittels zeitlicher als auch technischer Vorkehrung verhindert werden.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Fechner, Mayer 2012: 362ff.

⁵² Vgl. Schiwy u.a. 2010: 432.

⁵³ Fechner, Mayer 2012: 366.

⁵⁴ Vgl. Fechner, Mayer 2012: XII.

Das Rundfunkrecht besagt, dass in erster Linie der Rundfunk der öffentlichen Meinungsbildung zu dienen hat. Daher muss gesetzlich die Freiheit des Rundfunks gewährleistet sein. Der Staat darf auch hier keinen Einfluss auf die arbeitenden Redakteure nehmen. Die Meinungsvielfalt wird beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch die Rundfunkräte garantiert, der private Rundfunk kann sich auf die Tendenzautonomie berufen.⁵⁵

Die Rechtslage der neuen Medien wird im Telemediengesetz festgehalten, das eine Fusion aus dem Teledienstegesetz und dem Mediendienste-Staatsvertrag ist.⁵⁶ Es regelt die Zulassungsfreiheit und die Verantwortlichkeit für fremde Inhalte sowie den wichtigen Bereich des Datenschutzes und eine Ansammlung von Bußgeldvorschriften. Wer ordnungswidrig handelt, kann mit einer Summe bis zu 50.000 Euro bestraft werden.⁵⁷

2.2 Freiwillige Selbstkontrolle der Presse

2.2.1 Der Deutsche Presserat

Der Deutsche Presserat ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Journalisten zur Wahrung ihrer Interessen. Er hat den Pressekodex formuliert, der für Journalisten einen empfehlenden Charakter hat.⁵⁸

Auf der Website des Deutschen Presserats werden die Aufgaben und Zielsetzungen genauer erläutert. Die Hauptarbeit der Organisation liegt sowohl in der Lobbyarbeit für die Freiheit der Presse als auch in der Entgegennahme von Beschwerdebriefen der User und Leser, die nach Eingang geprüft und bearbeitet werden und dann in Form von Rügen ihren Ausdruck bekommen können. Die Selbstkontrolle der Presseschaffenden zieht des weiteren folgende Ziele mit sich:⁵⁹

- „[...]“
- Eintritt für den unbehinderten Zugang zu Nachrichtenquellen

⁵⁵ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 205.

⁵⁶ Vgl. Fechner, Mayer 2012: XVI.

⁵⁷ Vgl. Fechner, Mayer 2012: 810.

⁵⁸ Fechner, Wössner 2012: 200.

⁵⁹ Vgl. Deutscher Presserat, Aufgaben und Ziele, 13.12.2013.

- Wahrung des Ansehens der deutschen Presse
- [...]
- Beseitigung von Missständen im Pressewesen
- [...]
- Ansprechpartner für Leser, Journalisten und Verleger.“⁶⁰

In der Gesamtverpflichtungserklärung des Deutschen Presserates wird der Bereich der Prüfung von Beschwerden und der damit verbunden Veröffentlichung der Rügen noch einmal spezifischer dargestellt:

„§ 9 Nr. 2 - Aufgaben des Presserates. Der Presserat hat die folgenden Aufgaben: 2. Beschwerden über einzelne Zeitungen, Zeitschriften oder Pressedienste und journalistischredaktionelle Telemedien der Presse sowie sonstige Telemedien mit journalistisch-redaktionellen Inhalten außerhalb des Rundfunks zu prüfen und in begründeten Fällen Hinweise, Missbilligungen und Rügen gemäß § 12 Abs. 5 der BO auszusprechen,...“⁶¹

Der Deutsche Presserat wurde 1956⁶² gegründet und zählt u.a. den Deutschen Journalisten-Verband e.V., der mehr als 38.000 Mitgliedsschaften⁶³ vorzuweisen hat, zu seinen wichtigsten Mitgliedern.⁶⁴

2.2.2 Publizistische Grundsätze: Der Pressekodex

Der Deutsche Presserat hat eine Selbstverpflichtung formuliert, die ihren Ausdruck im Pressekodex findet. Der Kodex verpflichtet zu keiner rechtlichen Verbindlichkeit sondern dient in der Praxis als Druckmittel für Journalisten, die aufgrund der Verletzungen von Presserechten Rügen des Deutschen Presserates erhalten. Diese Rügen gilt es durch sorgfältige Arbeitsweise und gewissenhafter Recherche zu vermeiden.⁶⁵ Festgehalten werden im Pressekodex Richtlinien für alle Pressetätigen und deren publizistische Arbeit. Die Richtlinien sind Empfehlungen des Deutschen

⁶⁰ Deutscher Presserat, Aufgaben und Ziele, 13.12.2013.

⁶¹ Deutscher Presserat, Gesamtverpflichtungserklärung 2010, 13.12.2013.

⁶² Vgl. Deutscher Presserat, Geschichte, 13.12.2013.

⁶³ Vgl. Deutscher Journalistenverband, Profil, 13.12.2013.

⁶⁴ Vgl. Deutscher Presserat, Satzung und Geschäftsordnung, 13.12.2013.

⁶⁵ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 204.

Presserats. Sie sollen die Berufsethik der Presse vertiefend darstellen und somit den Ruf der Presse wahren, wie für die Freiheit aller Presseschaffenden eintreten.⁶⁶

Zur Geschichte und Entwicklung des Pressekodexes lässt sich Folgendes sagen: Zu Beginn, mit der Gründung des Presserats im Jahr 1956, sah die Vorgehensweise beim Eintreffen einer Beschwerde so aus, dass das Resümee der Bearbeitung eine Richtlinie hervorbrachte, die sich auf eine bestimmte Angelegenheit bezog. Im Laufe der Zeit verfolgte man das Ziel eines allgemeingültigen Leitfadens, der journalistisch Tätigen eine Art der Orientierung bieten sollte. Der erste Entwurf wurde im Jahre 1970 vorgelegt und beinhaltete u.a. die grundlegenden Aspekte der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie Richtlinien zum Zeugnisverweigerungsrecht. In den folgenden Jahren wurde der Leitfaden mehrmals überarbeitet und im Zuge der Novellierungen wurden u.a. Richtlinien zum Redaktionsdatenschutz und zum Thema Diskriminierung beigelegt. Mit der Neufassung von 1955 wurden Richtlinien nochmals konkretisiert und textlich neu zusammen gefasst.⁶⁷

Die *Publizistischen Grundsätze (Pressekodex)* enthalten 16 Ziffern, die verschiedene Themen behandeln: angefangen von dem Berufsgeheimnis und der journalistischen Sorgfalt über den Schutz der Persönlichkeit bis hin zur Medizin-Berichterstattung und Unschuldsvermutungen.⁶⁸ Für den Fall, dass eine Redaktion oder ein Verlag eine Rüge vom Deutschen Presserat erhält, gibt es auch für deren Veröffentlichung eine Ziffer, wie folgt:

„Ziffer 16 - Rügenveröffentlichung. Es entspricht fairer Berichterstattung, vom Deutschen Presserat öffentlich ausgesprochene Rügen zu veröffentlichen, insbesondere in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien.

Richtlinie 16.1 - Inhalt der Rügenveröffentlichung. Der Leser muss den Sachverhalt der gerügten Veröffentlichung erfahren und informiert werden, welcher publizistischer Grundsatz durch die Veröffentlichung verletzt wurde.

Richtlinie 16.2 - Art und Weise der Rügenveröffentlichung. Rügen sind in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien in angemessener Form zu veröffentlichen. Die Rügen müssen in Telemedien mit dem gerügten Beitrag verknüpft werden.“⁶⁹

66 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 11.12.2103.

67 Vgl. Deutscher Presserat, Geschichte, 13.12.2013.

68 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 11.12.2103.

69 Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 11.12.2013.

3 Die Einzelrechte der Journalisten

Auf der Grundlage der Pressefreiheit hat das Bundesverfassungsgericht Einzelrechte für die Presse festgelegt. Diese räumen den Presseschaffenden zusätzliche Freiheiten ein.⁷⁰ Der Aufbau der folgenden Kapitel richtet sich nach den gewöhnlichen Arbeitsabläufen einer Redaktionen und orientiert sich dabei an der Literatur von Frank Fechner und Axel Wössner zum Thema Journalistenrecht.⁷¹ Behandelt werden u.a. die Einzelrechte zum Redaktionsgeheimnis, dem Tendenzschutz, des Informantenschutzes und der Verbreitung rechtswidrig erlangter Informationen.

3.1 Bei der Themenfindung

Bevor ein Journalist mit der Recherche und des Planen seines Beitrags beginnt, überlegt er sich, welches Thema in seiner nächsten Arbeit aufgegriffen werden könnte. Es gibt keine Verbote, was die Wahl angeht, denn über alles, was im öffentlichen Informationsinteresse liegt, darf berichtet werden, wie Art. 5 GG garantiert. An falschen Informationen besteht kein öffentliches Interesse, daher müssen bei der Themenwahl die Informationen auf Relevanz und Wahrheit überprüft werden.⁷²

Ein sehr wichtiges Sonderrecht, gerade für die Anfangsphase der Themenfindung ist der Tendenzschutz. Der Tendenzschutz garantiert die Freiheit der politischen und weltlichen Ausrichtung einer jeden Zeitung, die der Verleger oder Herausgeber selbst festlegen darf. Kein staatliches Organ und keine gesellschaftliche Gruppierung sowie der Betriebsrat dürfen den Verleger daran hindern. Mitarbeiter des Blattes haben sich aber der Tendenz der Zeitung zu unterwerfen.⁷³

„Das Grundrecht der Pressefreiheit umfasst die Freiheit, die politische und weltanschauliche Tendenz einer Zeitung festzulegen, beizubehalten, zu ändern und diese Tendenz zu verwirklichen. Die Zeitung darf selbst Meinungen vertreten. Dem Staat sind nicht nur unmittelbare Eingriffe vor allem in Gestalt eigener Einflussnahme auf die Tendenz von Zeitungen verwehrt, er darf sie auch

⁷⁰ Vgl. Fechner 2013: 233.

⁷¹ Vgl. Fechner, Wössner 2012: V.

⁷² Vgl. Fechner, Wössner 2012: 1ff.

⁷³ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 207.

nicht durch rechtliche Regelungen pressefremden - nichtstaatlichen - Einflüssen unterwerfen oder öffnen, die mit der Freiheit der Presse nicht vereinbar wären. Dies gilt auch im Verhältnis des Verlegers zum Betriebsrat. Dem Betriebsrat kommt kein Recht zur Festlegung der Tendenz einer Zeitung zu.“⁷⁴

Das heißt, jeder Journalist kann von staatlicher Seite aus schreiben, über was er möchte. Verbieht ihm allerdings sein Redakteur die Bearbeitung des Themas, kann er nichts tun. Daher ist bei der Themenfindung immer wichtig, auf die Rücksprache mit dem Chefredakteur zu warten, der das gewünschte Thema freigeben oder auch streichen kann.⁷⁵

3.2 Bei der Recherche

An die Phase der Themenfindung knüpft sich die Phase der Recherche, in der sich der Journalist mit der Suche nach gehaltvollem Material für seinen Beitrag befasst. Mit welchen Mitteln und an welchen Orten darf er nach Informationen suchen, welche Materialien darf er verwenden und auf welche Gefahrenstellen muss er besonders in der Phase der Materialbeschaffung achten? Hier stehen dem Journalisten besondere Rechte zu, die ihm die Arbeit erleichtern sollen.⁷⁶ Vorab aber zunächst eine der Pflichten der Presse. Der Deutsche Presserat formuliert im Pressekodex in der zweiten Ziffer die Wichtigkeit der sorgfältigen Recherche durch die Presse:

„Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift und Bildunterschrift weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen.“⁷⁷

Ebenfalls schildert die Ziffer 4 im Pressekodex alles nähere zu den Grenzen der Recherche. Presseschaffende haben sich demnach immer als solche auszuweisen, denn verdeckte Informationsbeschaffung ist nur in Ausnahmefälle erlaubt - immer dann, wenn Informationen von überragendem öffentlichen Interesse sind und diese auf

⁷⁴ Fechner 2013: 239.

⁷⁵ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 5.

⁷⁶ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 15ff.

⁷⁷ Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

keine andere Art und Weise erfasst werden können, außer durch verdeckte Nachforschungen. Bei Unfällen und Ausnahmeständen darf kein Presseschaffender die helfenden Kräfte behindern und Opfer gefährden.⁷⁸

Besonders wichtig in der Phase der Recherche ist zudem das Recht des Informantenschutzes. Hier wird das Verhältnis der Presseschaffenden zu Dritten behandelt, die die Journalisten mit benötigten Angaben, Äußerungen und Nachrichten versorgen.⁷⁹ Eine Menge Informanten der Presse würden es nicht in Betracht ziehen, in Kontakt mit der Presse zu treten, wenn sie ihre Identität dadurch der Öffentlichkeit preisgeben müssten.⁸⁰ Die Ziffer 5 des Pressekodex macht dies in Richtlinie 5.1 deutlich. Zum Puncto Vertraulichkeit steht geschrieben, dass „[...] falls der Informant die Verwertung seiner Mitteilung davon abhängig gemacht hat, dass er als Quelle unerkennbar oder ungefährdet bleibt, so ist diese Bedingung zu respektieren.“⁸¹ Diese Klausel der Verbindlichkeit verliert erst dann an Bedeutung, wenn der Inhalt der Information eine verbrecherische Tat betrifft.⁸²

Desweiteren sehr hilfreich und unabdingbar in der Phase der Recherche ist das Recht auf Auskunftsanspruch. Folgender Paragraph der Vorschriftensammlung von Frank Fechner und Johannes Mayer hält dies fest:

„§ 4 Informationsanspruch der Presse. (1) Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen. (2) Auskünfte können verweigert werden, soweit [...]. (3) Anordnungen, die einer Behörde Auskünfte an die Presse allgemein verbieten, sind unzulässig. (4) Der Verleger einer Zeitung oder Zeitschrift kann von den Behörden verlangen, dass ihm deren amtliche Bekanntmachungen nicht später als seinen Mitbewerbern zur Verwendung zugeleitet werden.“⁸³

78 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

79 Vgl. Fechner 2013: 234.

80 Vgl. Fechner, Wössner 2012: 202.

81 Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

82 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

83 Fechner, Mayer 2012: 362.

3.3 Bei der Themenumsetzung

In der Phase der Themenumsetzung überlegt sich der Journalist, wie er seine Geschichte am besten präsentieren kann. Welche Stilmittel wird er verwenden können, welche Bebilderung wirkt ansprechend und kann den Beitrag dabei unterstützen? Benötigt er dafür die Einwilligung einer Person? Und in welchem Tonfall darf er eigene Kritik mit einfließen lassen? Zu allererst aber muss sichergestellt sein, dass er wahrheitsgemäß berichtet und die journalistische Sorgfaltspflicht vorweisen kann. Dafür bedarf es diese fünf hilfreichen Fragen abzufragen:⁸⁴

- „Wurde dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt? (1)
- Sind alle Informationen auf Zuverlässigkeit geprüft? (2)
- Ist die Berichterstattung vollständig? (3)
- Sind Gerüchte und anonyme Quellen abgesichert? (4)
- Sind alle entlastenden Gesichtspunkte erwähnt? (5).“⁸⁵

Wenn sich der Presseschaffende an diese Fragen hält, kann er einer Strafe entgehen, auch wenn sich seine Tatsachenäußerungen als falsch erweisen. Wichtig ist jedoch, jederzeit darauf zu achten, die Persönlichkeitssphäre einer Person dabei unverletzt zu lassen. Der Paragraph 5 der Vorschriftensammlung von Frank Fechner und Johannes Mayer behandelt und definiert die journalistische Sorgfaltspflicht ebenfalls. Demnach sind von der Presse alle Beiträge vor der eigentlichen Veröffentlichung mit der größten Sorgfalt auf Wahrheit, Inhalt und deren Herkunft zu überprüfen.⁸⁶ Auch der Deutsche Presserat weist in seiner ersten Ziffer des Pressekodexes auf die Wichtigkeit der wahrheitsgemäßen Berichterstattung der Presse hin:

„Ziffer 1 - Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde. Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.“⁸⁷

⁸⁴ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 70.

⁸⁵ Fechner, Wössner 2012: 71.

⁸⁶ Vgl. Fechner, Mayer 2012: 362.

⁸⁷ Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 05.12.2013.

Desweiteren ist besonders in der Phase der Themenumsetzung auf den Schutz der Persönlichkeit zu achten, zu der das Privatleben einer Personen zählt. Besteht jedoch großes Interesse der Öffentlichkeit an der Tätigkeit einer Person, so darf die Presse darüber berichten. Zu beachten ist hier, dass nach gründlicher Abwägung des Journalisten, das öffentliche Interesse höher eingeschätzt werden muss, als das Interesse des schutzbedürftigen Betroffenen. Die reine Sensationsberichterstattung ist nicht zulässig. Näheres dazu siehe Ziffer 8 des Pressekodexes.⁸⁸

3.4 Bei der Veröffentlichung

Nachdem der Journalist seinen Beitrag aufbereitet hat, gehört es zu seiner Pflicht, die Informationen des Beitrags noch einmal auf das Genaueste unter die Lupe zu nehmen und sich darüber bewusst zu werden, welche Informationen in Wort, Bild und Schrift er wirklich der Öffentlichkeit präsentieren darf. Ein besonderes Augenmerk ist hier auf das Persönlichkeitsrecht zu legen. Das soll heißen, der Journalist hat zu prüfen, ob er die verwendeten Bilder von Personen wirklich veröffentlichen darf - sprich: Hat er die Rechte an den Bildern? Hat die abgebildete Person ihr Einverständnis für die Veröffentlichung gegeben? Ebenso gilt das für Bilder von Gebäuden. Es muss geprüft werden, ob eine Innen- oder eine Außenaufnahme überhaupt gestattet ist. Darf er Informationen und Material veröffentlichen, die er aus anderen Internetquellen heraus gefiltert hat? Auch gilt es zu prüfen, ob der zu veröffentliche Beitrag keinerlei Schleichwerbung enthält. Die Werbung muss klar ersichtlich von den redaktionellen Beiträgen getrennt sein.⁸⁹ Folgender Paragraph der Vorschriftensammlung von Frank Fechner und Johannes Mayer hält die Regelung zur Kennzeichnung von Werbung in redaktionellen Beiträgen noch einmal genauer fest:

„§ 9 Kennzeichnung entgeltlicher Veröffentlichungen. Hat der Verleger eines periodischen Druckwerks oder der Verantwortliche (§ 8 Abs. 2 Satz 4) für eine Veröffentlichung ein Entgelt erhalten, gefordert oder sich versprechen lassen, so muss die Veröffentlichung, soweit sie nicht schon durch Anordnung und Gestaltung allgemein als Anzeige zu erkennen ist, deutlich mit dem Wort „Anzeige“ bezeichnet zu werden.“⁹⁰

88 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 05.12.2013.

89 Vgl. Fechner, Wössner 2012: 125.

90 Fechner, Mayer 2012: 364.

Auch der Deutsche Presserat formuliert in seinem Pressekodex eine Ziffer zur Trennung von Werbung in redaktionellen Beiträgen. Die Ziffer 7 hält fest, dass ein verantwortungsvoller Presseschaffender seine Beiträge frei von privaten Interessen hält und keine dritte Person durch wirtschaftliche Zugaben einen Einfluss auf die Beiträge bekommen kann. Auch ist besondere Achtsamkeit auf die Schleichwerbung zu legen, sowie ein sorgfältiger Umgang mit PR-Materialien ein absolutes Muss, um die Seriosität der Presse zu wahren.⁹¹

Ein wichtiges Einzelrecht der Presseschaffenden in der Phase der Veröffentlichung betrifft die Verbreitung von rechtswidrig erlangten Informationen. Die Aufgabe der Presse könnte nicht erfüllt werden, bestünde ein Verbot zur Veröffentlichung von rechtswidrig erlangter Information. Denn somit könnte die Presse keine Missstände aufdecken und die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis setzen. Ein Journalist darf sich keinen Zugang zu Geschäftsräumen mittels eines Einbruchs verschaffen, um an brisante Materialien zu gelangen. Ebenso wenig ist es ihm gestattet, Räume oder Telefone von Personen abhören zu lassen oder die Post eines Verdächtigen zu öffnen. All diese Taten werden im Strafgesetzbuch geahndet. Es besteht nur in Einzelfälle das Privileg der Veröffentlichung solch einer Information - und zwar immer dann,⁹² „[...] wenn es sich um eine die Öffentlichkeit wesentlich berührende Frage handelt, der gegenüber der Rechtsbruch eine eindeutig untergeordnete Bedeutung hat.“⁹³

Um noch ein Einzelrecht der Presse zu nennen, wird im folgenden auf die negative Pressefreiheit eingegangen. Diese verschafft den Journalisten das Recht, unerwünschtes Material nicht der Öffentlichkeit präsentieren zu müssen. Aus diesem Recht heraus ist beispielsweise eine Redaktion nicht in der Pflicht einen Leserbrief abdrucken zu müssen.⁹⁴ Die Ziffer 2.6. des Pressekodexes hält genaueres fest zum Thema Leserbriefe: „(1) Bei der Veröffentlichung von Leserbriefen sind die Publizistischen Grundsätze zu beachten. Es dient der wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit, im Leserbriefteil auch Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die die Redaktion nicht teilt. (2) [...]. Der Verfasser hat keinen Rechtsanspruch auf Abdruck seiner Zuschrift.“⁹⁵

91 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 16.12.2013.

92 Vgl. Fechner 2013: 238.

93 Fechner 2013: 238.

94 Vgl. Fechner 2013: 239.

95 Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 16.12.2013.

3.5 Bei der Reaktion auf Berichterstattung

In der fünften Phase wird der Journalist mit Reaktionen aufgrund seiner Beitragsveröffentlichung konfrontiert. Wurde das Persönlichkeitsrecht einer Person verletzt, gibt es Gegenansprüche die gegen die Presse eingeleitet werden können, wie beispielsweise der Anspruch auf Gegendarstellung oder der Anspruch auf Unterlassung. Wichtig ist hier für den Journalisten, dass er sich im klaren darüber ist, wer im Falle eines Straftatsbestand haftet und wie er auf ein Schreiben vom Anwalt reagieren kann. Was hat er zu tun, wenn sich die Inhalte seines Beitrages als falsch erwiesen haben?⁹⁶ Die Ziffer 3 des Pressekodexes hält beispielsweise Richtlinien zur Richtigstellung von Beiträgen fest. Die Ziffer zeigt auf, in welcher Art und Weise eine Nachricht oder ein Beitrag von einem Journalisten zu behandeln ist, wenn sich dessen Inhalte als unwahr herausgestellt haben. Demnach muss der Beitrag sofort korrigiert und richtig gestellt werden.⁹⁷ Die Anforderung an den zu korrigierenden Beitrag werden in folgender Ziffer genauer festgehalten:

„Richtlinie 3.1 - Anforderungen. Für den Leser muss erkennbar sein, dass die vorangegangene Meldung ganz oder zum Teil unrichtig war. Deshalb nimmt eine Richtigstellung bei der Wiedergabe des korrekten Sachverhalts auf die vorangegangene Falschmeldung Bezug. Der wahre Sachverhalt wird geschildert, auch dann, wenn der Irrtum bereits in anderer Weise in der Öffentlichkeit eingestanden worden ist.“⁹⁸

Das Redaktionsgeheimnis gehört ebenfalls zu einem der wichtigsten Einzelrechte der Journalisten. Es schützt die Presseschaffenden dadurch, dass die Presse niemals ihre Quellen preisgeben muss. Folgt demnach auf eine Beitragsveröffentlichung ein Prozess, so darf keine staatliche Einrichtung oder dergleichen die Redaktionsräume vorab durchsuchen oder Materialien beschlagnahmen. Wenn sich jedoch ein Journalist verdächtig macht, selbst an einer Straftat mitgewirkt zu haben, dürfen mit richterlicher Anordnung seine Unterlagen, sein Arbeitsplatz und die gesammelten Informationen durchforstet und beschlagnahmt werden.⁹⁹ Die Richtlinie 5.3 des Pressekodexes zum Thema Datenübermittlung definiert und hält fest, dass „alle von Redaktionen zu

96 Vgl. Fechner, Wössner 2012: 150.

97 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

98 Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

99 Vgl. Fechner, Wössner 2012: 205.

journalistisch-redaktionellen Zwecken erhobenen, verarbeiteten oder genutzten personenbezogenen Daten dem Redaktionsgeheimnis unterliegen.[...].“¹⁰⁰

Kommt es aufgrund einer Berichterstattung zu einem Gerichtsverfahren, darf der Journalist von einem weiteren Einzelrecht gebrauch machen. Besonders wichtig ist für den Presseschaffenden der Gebrauch des Zeugnisverweigerungsrechts. Es dient der Berichterstattung und Veröffentlichung von rechtswidrigen Tätigkeiten, kann jedoch dazu führen dass gegen den, der das Recht bricht, keine rechtlichen Schritte eingeleitet werden können. Wer als Journalist dem Rechtsbrecher ein Entgelt anbietet, macht sich strafbar, da er eine Person zur Tat angestiftet hat.¹⁰¹

„Nach § 53 Abs. 1 Nr. 5 StPO sind zur Verweigerung des Zeugnisses u.a. berechtigt Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Druckwerken, Rundfunksendungen, Filmberichten oder der Unterrichtung oder Meinungsbildung dienenden Informations- und Kommunikationsdiensten berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben.“¹⁰²

Hierdurch wird der Informant geschützt, der die Verwertung seiner Information abhängig davon preisgegeben hat, dass er als Quelle unerkannt bleiben wird. Diese Klausel der Verbindlichkeit verliert erst dann an Bedeutung, wenn der Inhalt der Information eine verbrecherische Tat betrifft.¹⁰³

100 Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

101 Vgl. Fechner 2013: 236.

102 Schiwy u.a. 2010: 792.

103 Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 22.11.2013.

4 Die Schranken der Pressefreiheit

Die im Grundgesetz verankerte Pressefreiheit kann nur einzig und allein durch den Gesetzgeber in ihre Schranken gewiesen werden. Somit sind die Verwaltung und die polizeiliche Gewalt ausgeschlossen vom Eingreifen in die Presse, was auch unter dem Begriff der „Polizeifestigkeit“ bekannt ist. Die Grenzen der Pressefreiheit liegen in den Vorschriften zu den allgemeinen Gesetzen.¹⁰⁴ Desweiteren finden die Grundrechte des Art. 5 ihre Schranken in den gesetzlichen Vorschriften zum Jugendschutz sowie zum Persönlichkeitsrecht.¹⁰⁵ Die Pressefreiheit muss in Fällen des Konflikts gegen allgemeine Grundrechte, als auch gegen das Recht der Persönlichkeit sorgfältig abgewogen werden. Gerichte nehmen in diesen Fällen eine Güterabwägung vor, um sagen zu können welche Rechte gewichtiger sind – die Freiheit der Presse und der Information oder der Schutz der Persönlichkeit einer betroffenen Person. Kann der Pessetätige seine Sorgfaltspflicht nachweisen und besitzt die Öffentlichkeit ein großes Interesse an einem Beitrag, so hat im Normalfall die Freiheit der Presse Vorrang.¹⁰⁶ Die Pressefreiheit findet ebenfalls ihre Schranken in den Tätigkeiten der Journalisten, die nicht durch den Artikel 5 im Grundgesetz geschützt sind.

„Der Art. 5 Abs. 1 GG schützt nicht:

- ehrverletzende, diffamierende Kritik (Schmähkritik) bzw. Beleidigungen,
- bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen, d.h. solche Tatsachenbehauptungen, die bereits zum Zeitpunkt ihrer Äußerung im vollen Bewusstsein ihrer Unwahrheit von sich gegeben werden,
- als unwahr erwiesene Tatsachenbehauptungen,
- nicht erweislich wahre Tatsachenbehauptungen, wenn ihre Unhaltbarkeit auf der Hand liegt.“¹⁰⁷

¹⁰⁴ Vgl. Fechner 2013: 243.

¹⁰⁵ Vgl. Wandtke 2011: 304.

¹⁰⁶ Vgl. Deutscher Journalistenverband, Pressefreiheit – ganz konkret, 12.12.2013.

¹⁰⁷ Rehbock 2011: 10.

4.1 Durch allgemeine Gesetze

Als allgemeines Gesetz wird betitelt, welches zum Schutz eines anderweitigen Rechts formuliert worden ist. Das Gesetz darf sich nicht gegen die Presse oder eines ihrer Gesetze richten, sowie darf keinerlei Beeinflussung durch allgemeine Gesetze auf die Inhalte der Pressebeiträge bestehen. Lediglich die Art und Weise der Ausübung von Tätigkeiten der Journalisten darf durch allgemeine Gesetze strukturiert und geregelt werden. Eine Ausnahme stellen die Gesetze dar, die sich dem Jugendschutz verschreiben. Diese dürfen speziell gegen die Gesetze der Presse abzielen, dazu zählen auch die Gesetze, die der Abwehr von nationalsozialistischer Propaganda dienen. Die Ausarbeitung der allgemeinen Gesetze orientiert sich immer an dem Grundwert der Pressefreiheit. Jede Einschränkung der Pressefreiheit durch andere Gesetze soll somit verhindert werden.¹⁰⁸

4.2 Abwägung mit anderen Grundrechten

Eine Einschränkung der Pressefreiheit kann auch durch ein anderes Grundrecht geschehen, wie beispielsweise durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Aufgrund von schweren Verletzungen des Rechts der persönlichen Ehre wird finanzieller Ersatz in Form von Geld beansprucht. Dies betrifft nur die immateriellen Schäden.¹⁰⁹ Die Publizistischen Grundsätze (Pressekodex) des Deutschen Presserates erklären, dass unbegründete Tatsachenbehauptungen, insbesondere solche, die die persönliche Ehre verletzen, jedem Anstand eines journalistisch Tätigen widersprechen.¹¹⁰

¹⁰⁸ Vgl. Fechner 2013: 243f.

¹⁰⁹ Vgl. Fechner 2013: 245.

¹¹⁰ Vgl. Fechner 2013: 246.

5 Juristische Gefahren für Journalisten

5.1 Vorsorgemaßnahmen:

Die presserechtlichen Pflichten

Alle Pressetätigen haben zunächst bei der Ausübung ihres Berufs dieselben Pflichten und Normen zu achten, wie jeder andere Staatsbürger auch. Es gilt das öffentliche Recht zu achten, zu dem u.a. das Strafrecht, das Arbeitsrecht als auch das Postrecht beispielsweise zählen. Ebenfalls gilt es das private Recht zu achten, welches dem Schutz des Einzelnen dient. Jedoch stehen der Presse durch ihre ausübenden Tätigkeit einige Sonderrechte zu, als auch einige Sonderpflichten, die es zu beachten gilt. Durch die Zuweisung der Aufgabe zur öffentlichen Meinungsbildung wurde der Presse durch den Staat bedeutende Privilegien zugewiesen, u.a. der Tendenzschutz oder das Redaktionsgeheimnis. Durch den Auftrag der öffentlichen Meinungsbildung wird der Presse jedoch auch eine hohe Verantwortung auferlegt, die dementsprechend auch ihre Sonderpflichten mit sich bringt. Diese Sonderpflichten dienen der Presse auch gleichzeitig als Vorsorgemaßnahmen gegen presserechtliche Ansprüche. Befolgt ein Presseschaffender stets alle presserechtlichen Pflichten, so wird er wenig rechtliche Probleme oder Verfahren zwecks Rechtsverletzungen verantworten müssen.¹¹¹

5.1.1 Die journalistische Sorgfaltspflicht

„Journalisten aller Medien sind dazu verpflichtet vor einer Veröffentlichung sorgfältig zu recherchieren. Diese Pflicht ist in den Pressegesetzen sämtlicher Bundesländer verankert (meist § 5 LPresseG), sowie im Rundfunkstaatsvertrag für Rundfunkjournalisten (§ 10 RStV) und für die in den Neuen Medien Tätigen (§ 54 Abs. 2 RStV).“¹¹² Die journalistische Sorgfalt ist maßgebend für die wahrheitsgemäße Berichterstattung. Denn nur auf diesem Wege kann sich die Meinung der Öffentlichkeit frei und unabhängig ausbilden. Aus diesem Grund darf keine Aussage einer dritten Person verfälscht oder gewisse Teile einer Information unterschlagen werden. Erhaltene Informationen müssen stets vor Weitergabe auf deren Wahrheitsgehalt

¹¹¹ Vgl. Ricker, Weberling 2012: 307.

¹¹² Fechner, Wössner 2012: 206.

geprüft sein.¹¹³ Die Baden-Württembergischen Landespressegesetze halten die Sorgfaltspflicht der Presse noch einmal genauer fest:

„Die Presse hat alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit, Inhalt und Herkunft zu prüfen. Die Verpflichtung, Druckwerke von strafbarem Inhalt freizuhalten oder Druckwerke strafbaren Inhalts nicht zu verbreiten (§ 20 Abs. 2), bleibt unberührt.“¹¹⁴

Da viele Pressetätige unter enormem Zeitdruck arbeiten, um die Aktualität der Nachrichten wahren zu können, muss umso genauer ein Blick auf den Wahrheitsgehalt der Nachrichten geworfen werden. Ist ein Journalist nicht restlos von der Richtigkeit einer Information überzeugt, so ist es angebracht, mit der Veröffentlichung zu warten bis dementsprechende Nachweise verfügbar sind, die die Information festigen und belegen können. In diesem Bereich können besonders die Persönlichkeitsrechte durch unwahre oder unvollständige, voreilige Meldungen verletzt werden, welche es zu vermeiden gilt. Dringt jedoch eine unwahre Information an die Öffentlichkeit, so muss der Journalist seine journalistische Sorgfalt vorweisen können, um Schadensersatz- und Geldentschädigungsansprüchen entgegen zu können.¹¹⁵ Kann der Journalist seine Sorgfalt jedoch nicht aufzeigen, haftet er für sein Verhalten. Ansprüche die geltend gemacht werden können sind beispielsweise Berichtigung und Widerruf eines Beitrages, als aber auch Unterlassung und Schadensersatzansprüche.¹¹⁶

Das Bundesverfassungsgericht hält ebenfalls fest: „Wenn die Presse von ihrem Recht, die Öffentlichkeit zu unterrichten, Gebrauch macht, ist sie zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet. Die Erfüllung dieser Wahrheitspflicht wird nach gesicherter Rechtsprechung schon um des Ehrenschatzes des Betroffenen willen gefordert. [...]. Das heißt: Handelt es sich um Meinungsäußerungen bzw. Werturteile, so beschränkt sich die Sorgfaltspflicht auf die Beachtung der persönlichen Ehre, d.h. vor allem auf den Ausschluss unzulässiger Schmähkritik.“¹¹⁷

113 Vgl. Fechner 2013: 253f.

114 DeJuro.org, Baden-Württemberg Landespressegesetz (Gesetz über die Presse), 27.12.2013.

115 Vgl. Fechner 2013: 254f.

116 Vgl. Ricker, Weberling 2012: 310.

117 Ricker, Weberling 2012: 309.

5.1.2 Impressumspflicht

Das Impressum dient dem Zwecke der Information. Über den Verantwortlichen für den Inhalt einer Zeitung soll die Identität bzw. dessen Anschrift frei verfügbar sein, um eventuelle Kontaktaufnahme zu ermöglichen. Früher diente die Impressumspflicht dem Ausschluss von Anonymität. So konnte gegen unerwünschte Beiträge mit Hilfe der Polizei gegen die Verantwortlichen vorgegangen werden. Heute gilt die Vorschrift überwiegend zum Schutz des Persönlichkeitsrechts. Werden durch Beiträge die Rechte einer Person verletzt oder angegriffen, so kann sich der Betroffene gegen die Presse zur Wehr setzen.¹¹⁸ Die Baden-Württembergischen Landespressegesetze halten dies noch einmal genauer in § 8 fest:

„§ 8 Impressum. (1) Auf jedem im Geltungsbereich dieses Gesetzes erscheinenden Druckwerk müssen Name oder Firma und Anschrift des Druckers und des Verlegers,[...], genannt sein. (2) Auf den periodischen Druckwerken sind ferner Name und Anschrift des verantwortlichen Redakteurs anzugeben. [...]. Für den Anzeigenteil ist ein Verantwortlicher zu benennen; für diesen gelten die Vorschriften über den verantwortlichen Redakteur entsprechend. [...]“¹¹⁹

Nicht von der Impressumspflicht betroffen sind beispielsweise die amtlichen Schriften. Die Aufgabe der Presse - die Meinungsbildung der Öffentlichkeit - wird ebenfalls durch den Impressumszwang gesichert. Die Öffentlichkeit kann nur dann wirklich ihre Meinung frei und gänzlich bilden, wenn sie nachvollziehen kann, wer die Informationen zur Verfügung stellt und somit maßgeblich am Prozess der Meinungsbildung beteiligt ist und ihn ins Rollen bringt. Auch spielt die Impressumspflicht innerhalb der Redaktionen eine wichtige Rolle. Gerade im Bereich der Haftung ist es für die verschiedenen Redakteure von großer Wichtigkeit, dass eine klare Abtrennung der Redaktionsabteilungen durch das Impressum vorliegt, um eventuelle Haftungen für Inhalte klar und deutlich zu unterscheiden und zuordnen zu können.¹²⁰

Die Impressumspflicht von Druckwerken ist von der Impressumspflicht im Internet, d.h. im speziellen für den Bereich des Online-Journalismus, zu unterscheiden. Für gewerbliche Websites im Internet gilt § 5 Telemediengesetz:

¹¹⁸ Vgl. Fechner 2013: 255.

¹¹⁹ Dejuero.org, Baden-Württemberg Landespressegesetz (Gesetz über die Presse), 27.12.2013.

¹²⁰ Vgl. Ricker, Weberling 2012: 99f.

„§ 5 Allgemeine Informationspflicht. (1) Diensteanbieter haben für geschäftsmäßige, in der Regel gegen Entgelt angebotene Telemedien folgende Informationen leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten:

1. den Namen und die Anschrift, unter der sie niedergelassen sind, bei juristischen Personen zusätzlich die Rechtsform, den Vertretungsberechtigten [...],
2. Angaben, die eine schnelle elektronische Kontaktaufnahme und unmittelbare Kommunikation ermöglichen, einschließlich der Adresse der elektronischen Post,
3. soweit der Dienst im Rahmen einer Tätigkeit angeboten oder erbracht wird, die der behördlichen Zulassung bedarf, Angaben zur ständigen Aufsichtsbehörde,
4. das Handelsregister, [...], in das sie eingetragen sind, und die entsprechende Registernummer, [...].“¹²¹

5.1.3 Pflicht zur Offenlegung

Durch diese auferlegte Pflicht soll für die Öffentlichkeit klar werden, welche Personen und welche Unternehmen einen Einfluss auf das Presseunternehmen haben und einen wirtschaftlichen Anteil davon zu ihrem Besitz zählen. Die Pflicht zur Offenlegung zielt darauf ab, die Informationsfreiheit der Öffentlichkeit geschützt zu wissen und rügt die Missachtung mit Sanktionen.¹²²

„§ 11 Offenlegungspflicht. (1) Der Verleger eines periodischen Druckwerks muss in regelmäßigen Zeitabschnitten im Druckwerk die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse seines Verlags und seine Rechtsbeziehungen zu mit ihm verbundenen Presse- und Rundfunkunternehmen (§ 15 Aktiengesetz) offen legen. Dies gilt insbesondere für die Überlassung der damit verbundenen Rechte. Die Bekanntgabe erfolgt

1. bei täglich oder wöchentlich erscheinenden Druckwerken in dem Impressum der ersten Ausgabe jedes Kalenderhalbjahres,
2. bei anderen periodischen Druckwerken in dem Impressum der ersten Ausgabe jedes Kalenderjahres.

¹²¹ Fechner, Mayer 2012: 803f.

¹²² Vgl. Fechner 2013: 256.

Änderungen der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse sind unverzüglich bekannt zu machen. [...].“¹²³

Durch die Offenlegung soll ein Einblick in das Pressewesen gewährleistet werden, um beispielsweise Medienkonzentrationen und Unternehmensverflechtungen erkennen zu können. Der Staat möchte so ein klares Bild des gesellschaftlichen Wandels, der neu entstehenden Strukturen und der wirtschaftlichen Veränderungen bekommen.¹²⁴

5.1.4 Qualifikation des verantwortlichen Redakteurs

Um Ansprüche gegen Medien- und Presseunternehmen einleiten und durchsetzen zu können, muss es für die verschiedenen Abteilungen in den Unternehmen verantwortliche Personen geben. Im journalistischen Tätigkeitsbereich sind das meist Redakteure, die für ein bestimmtes Themengebiet oder Ressort verantwortlich sind und im Falle einer Rechtsverletzung haftbar gemacht werden können. An diese Personen werden bestimmte Anforderungen gestellt.¹²⁵

„§ 8 Persönliche Anforderungen an den verantwortlichen Redakteur. (1) Als verantwortlicher Redakteur darf nicht tätig sein und beschäftigt werden, wer

1. seinen ständigen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes hat,
2. infolge Richterspruch die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, Recht aus öffentlichen Wahlen zu erlangen oder in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, nicht besitzt,
3. das 21. Lebensjahr nicht vollendet hat,
4. nicht geschäftsfähig ist,
5. nicht unbeschränkt strafgerichtlich verfolgt werden kann.“¹²⁶

Für den Fall, dass Jugendliche das Amt des verantwortlichen Redakteurs bekleiden wollen, gilt das nur als zulässig, wenn der entstehende Beitrag ebenfalls und ausschließlich für Jugendliche gedacht ist.¹²⁷ Abgeordnete des Bundestags und sowie

¹²³ Fechner, Mayer 2012: 365.

¹²⁴ Vgl. Ricker, Weberling 2012: 314.

¹²⁵ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 208f.

¹²⁶ Fechner, Mayer 2102: 363.

¹²⁷ Vgl. Fechner, Mayer 2012: 363.

Abgeordnete der Landtage sind von der Tätigkeit eines Redakteurs ausgenommen, da sie binnen einer Wahlperiode nicht strafrechtlich verfolgt werden können. Für diesen Zeitraum genießen sie Immunität.¹²⁸

5.1.5 Kennzeichnung entgeltlicher Veröffentlichungen

Durch die Kennzeichnung von entgeltlichen Veröffentlichungen soll erreicht werden, dass kein Beitrag nur aufgrund von finanziellen Mitteln im redaktionellen Teil erscheinen kann. Die Presseerzeugnisse werden als sachlich, unabhängig und unbeeinflusst von der Öffentlichkeit wahrgenommen. Wären journalistische Beiträge käuflich, so könnte die freie, öffentliche und unabhängige Meinungsbildung nicht mehr gewährleistet werden. Somit kann man diese Pflicht der Kennzeichnung als eine Art des Verbraucherschutzes ansehen. Anzeigen, die von der Redaktion gestaltet werden, können die Leserschaft täuschen und sind daher nicht zulässig.¹²⁹

„§ 9 Kennzeichnung entgeltlicher Veröffentlichungen. Hat der Verleger eines periodischen Druckwerks oder der Verantwortliche (§ 8 Abs. 2 Satz 4) für eine Veröffentlichung ein Entgelt erhalten, gefordert oder sich versprechen lassen, so muss diese Veröffentlichung, soweit sie nicht schon durch Anordnung und Gestaltung allgemein als Anzeige zu erkennen ist, deutlich mit dem Wort „Anzeige“ bezeichnet werden.“¹³⁰

Wer einen Beitrag veröffentlicht, der darauf abzielen soll, eine Person, ein Unternehmen oder ein Label in ein besonders gutes Licht zu rücken, dessen Beitrag kann als wettbewerbswidrig bezeichnet werden. Journalistische Berichte müssen stets seriös aufgebaut sein und mehrere Blickwinkel eines Themas beleuchten und darstellen. Wer Geld oder Vergünstigungen sonstiger Art im Gegenzug für eine Berichterstattung annimmt, missachtet den Pressekodex und fügt somit dem Ruf der Presse Schaden zu. Die Öffentlichkeit vertraut auf eine unabhängige, seriöse und sachliche Berichterstattung, die durch Schleichwerbung negativ beeinträchtigt werden kann.¹³¹

¹²⁸ Vgl. Fechner 2013: 256.

¹²⁹ Vgl. Fechner 2013: 256.

¹³⁰ Fechner, Mayer 2012: 364.

¹³¹ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 205.

5.1.6 Ablieferung von Pflichtexemplaren

Die Ablieferungspflicht von Pflichtexemplaren unterliegt nicht nur dem Paragraphen 12 der Landespressegesetze, sondern auch dem Gesetz der Deutschen Nationalbibliothek (§ 14 DNBG). Das Anbieten und Abliefern von Pflichtexemplaren bei den Bibliotheken wird als kulturelles Verlangen der Öffentlichkeit angesehen. Somit kann es eine komplette Registrierung aller heutigen und aller vergangenen Veröffentlichungen geben, die für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen.¹³²

„§ 12 Pflichtexemplar. (1) Von jedem Druckwerk, das im Geltungsbereich dieses Gesetzes verlegt wird, hat der Verleger mit Beginn der Verbreitung des Druckwerks ein Stück (Pflichtexemplar) der zentralen Landesbibliothek anzubieten und ihr auf Verlangen unentgeltlich und auf eigene Kosten abzugeben. [...]“¹³³

Der § 14 DNBG besagt: Wenn der Ablieferungspflichtige nicht innerhalb von sieben Tagen nach der Veröffentlichung seines Medienbeitrages der Bibliothek ein Pflichtexemplar anbietet, muss ihn die Bibliothek abmahnen. Erfolgt daraufhin weitere drei Wochen wieder kein Angebot, ist die Bibliothek dazu berechtigt, sich das Werk selbst zu beschaffen und dem Ablieferungspflichtigen die Kosten dafür in Rechnung stellen zu lassen.¹³⁴

5.2 Die presserechtlichen Ansprüche

Die wichtigsten Ansprüche, die eine Privatperson gegenüber der Presse besitzt, werden in einer kurzen Übersicht aufgeführt. Im Falle einer Persönlichkeitsrechtsverletzung beispielsweise lassen sich folgende Gegenansprüche geltend machen:¹³⁵

- „Unterlassung
- Gegendarstellung
- Berichtigungsansprüche
 - Widerruf

¹³² Vgl. Ricker, Weberling 2012: 121f.

¹³³ Fechner, Mayer 2012: 365.

¹³⁴ Vgl. Gesetze im Internet, Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek, 27.12.2013.

¹³⁵ Vgl. Fechner 2013: 101.

- Richtigstellung
- Ergänzung
- Schadensersatz
 - materieller Schaden
 - immaterieller Schaden (Anspruch auf Geldentschädigung)
- Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung¹³⁶

„Die Ansprüche bei widerrechtlicher Berichterstattung ergeben sich in erster Linie aus dem allgemeinen Zivilrecht. Rechtsgrundlage für den Unterlassungsanspruch und den Berichtigungsanspruch sind §§ 823, 1004 BGB, [...], und der Schadenersatzanspruch ergibt sich wiederum aus § 823 BGB. Der daneben bestehende Anspruch auf Ersatz des immateriellen Schadens wird unmittelbar der Verfassung entnommen, und nur für den Gegendarstellungsanspruch gibt es genuin äußerungsrechtliche Anspruchstatbestände in den Landespressegesetzen, Landesmedien- und -rundfunkgesetzen und mehreren Staatsverträgen.“¹³⁷

Im folgenden wird zu den verschiedenen presserechtlichen Ansprüchen ein grober Einblick gewährt - aufgebaut nach einer kurzen Beschreibung der Ansprüche und einiger Voraussetzungen, diese geltend machen zu können. In Kapitel 5.3 wird der Unterlassungsanspruch und die damit verbundene Abmahnung noch einmal ausführlicher und vertiefender erläutert.

5.2.1 Der Unterlassungsanspruch

Der Unterlassungsanspruch hat in den letzten Jahren durch die schnelle Entwicklung des Internets eine enorme Bedeutsamkeit erlangt. Heutzutage wird fast jeder Beitrag, der in Presse oder Rundfunk erschienen ist, gleichzeitig auch ins Internet gestellt und bleibt dort für lange Zeit verfügbar. Der Unterlassungsanspruch macht sich somit immer mehr zum Ziel, die Beiträge aus dem Internet ebenfalls ausradieren zu lassen.¹³⁸ Um drohende, künftige Verletzungen zu verhindern, kann eine Privatperson den

¹³⁶ Fechner 2013: 101.

¹³⁷ Wandtke 2011: 95.

¹³⁸ Vgl. Wandtke 2011: 95.

Unterlassungsanspruch geltend machen. Durch die Unterlassung verpflichtet sich der Pressetätige, Äußerungen oder Behauptungen - die die Privatperson in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt - nicht mehr oder erst gar nicht über eine Erstveröffentlichung an die Öffentlichkeit zu bringen. Dies betrifft zumeist unwahre Tatsachenbehauptungen.

Die Voraussetzung für einen Anspruch sind zum einen, dass die Gefahr eines Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht der Privatperson belegbar sein muss und zum anderen unmittelbar vor der Erstveröffentlichung vorliegen muss. Falls es bereits eine Erstveröffentlichung gegeben hat, wird von der Gefahr der Wiederholung ausgegangen und auf deren Grundlage ein Anspruch geltend gemacht.¹³⁹ Falls eine Erstveröffentlichung zu erwarten ist, gibt es die Möglichkeit, mittels einer vorbeugenden Unterlassungsklage vorzugehen.¹⁴⁰

5.2.2 Der Gegendarstellungsanspruch

Damit eine Privatperson nicht über eine Erörterung der Öffentlichkeit definiert wird, hat jede Person das Recht selbst zu entscheiden, wie sie sich gegenüber der Öffentlichkeit darstellen möchte. Die Pressetätigen sind demnach dazu verpflichtet, eine Gegendarstellung zu einem Beitrag abzdrukken. Diese muss jedoch lediglich den Blickwinkel der betroffenen Person darlegen, nicht aber die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Der Pressetätige darf beispielsweise zur Gegendarstellung anmerken, dass er aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung diese Gegendarstellung abzdrukken hat, aber nicht der Auffassung selbst folgt. Dabei ist der Wahrheitsgehalt des Anspruchs von keinerlei Bedeutung. Zweck des Anspruchs soll es lediglich sein, dem Betroffenen die Option zu gewähren, die Öffentlichkeit über seine gegenteilige Meinung zu unterrichten. Die Gegendarstellung darf vom Umfang nur dem des vorangegangenen Textes entsprechen und nicht überheblich mehr Platz einnehmen. Sie hat außerdem innerhalb der nächsten drei Monate zu erfolgen.

Die Voraussetzungen für einen Anspruch: Liegt eine Tatsachenbehauptung vor, so kann ein Gegendarstellungsanspruch geltend gemacht werden. Gegen eine Meinungsäußerung jedoch kann der Anspruch nicht erhoben werden, da somit das Recht der freien Meinungsäußerung eingeschränkt sein würde. Von einer Tatsachen-

¹³⁹ Vgl. Fechner 2013: 102ff.

¹⁴⁰ Vgl. Fechner, Wössner 2012: 208.

behauptung kann nur dann die Rede sein, wenn diese vor Gericht nachvollzogen bzw. bewiesen werden kann.¹⁴¹

5.2.3 Der Berichtigungsanspruch

Der Berichtigungsanspruch kommt zum tragen, wenn sich die Behauptung als unwahr oder schuldhaft erwiesen hat. Die Berichtigung unterscheidet sich insofern von der Gegendarstellung, dass nicht der Betroffene selbst seine Sicht der Dinge schildert, sondern sich der Pressetätige von seinem eigenen Beitrag distanziert und die Äußerungen entweder durch einen Widerruf beseitigt, diese mittels einer Richtigstellung abändert oder eine Lücke im Beitrag durch eine Ergänzung schließt, um dem Beitrag einen wahrheitsgemäßen Charakter zu verleihen.

Ein Anspruch auf Widerruf wird nur dann erfolgen, wenn sich richterlich die Unwahrheit der Tatsachenbehauptung feststellen lässt. Eine weitere Vorraussetzung ist dabei auch folgendes: Ist das öffentliche Interesse über die Äußerung längst von der Bildfläche verschwunden, tut die Berichtigung nichts mehr zur Sache - außer es besteht ein Schaden durch den Beitrag fort. Der Widerruf setzt auch voraus, dass der Beitrag komplett unwahr ist. Demzufolge wird die Tatsachenbehauptung durch eine völlig neue ersetzt.

Ein Anspruch auf Richtigstellung wird dann zum Thema, wenn nur ein bestimmter Teil des Beitrags sich als unwahr herausstellt. Somit wird ein bestimmter Abschnitt komplett ersetzt, nicht jedoch der gesamte Beitrag an sich. Ein Anspruch auf Ergänzung verhält sich ähnlich. Falls ein Pressetätiger in seinem Beitrag wesentliche Informationen ausspart und somit nicht das gesamte Bild einer Situation darstellt, kann es eine nachträgliche Ergänzung fehlender, elementarer Informationen geben, die den Sachverhalt umfassend und vollständig darstellen, um eine geeignete Beurteilung der Sachlage möglich zu machen.¹⁴²

141 Vgl. Fechner 2013: 105ff.

142 Vgl. Fechner 2013: 109ff.

5.2.4 Der Schadensersatz

„Gem. § 249 BGB verpflichtet ein Schadensersatzanspruch zur Wiederherstellung des Zustands, der bestehen würde, wenn das zum Schaden führende Ereignis nicht eingetreten wäre.“¹⁴³

Bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen gilt es insbesondere die Reputation einer Person wiederherzustellen. Verliert die Person jedoch aufgrund einer Tatsachenbehauptung ihren Job oder hat Einbußen beim Verkauf eines Produktes zu verzeichnen, so gilt der verursachte Schaden auszugleichen. Die Handlung des Pressetätigen muss dabei vorsätzlich oder auch fahrlässig sein, um eine Vorraussetzung für den Anspruch zu erfüllen. Zu beachten ist beim Schadensersatz ebenfalls, dass neben den unwahren Tatsachenbehauptungen auch die wahren Tatsachenbehauptungen zu einem Anspruch führen können, wird beispielsweise die journalistische Sorgfaltspflicht ungenügend beachtet. Der Journalist kann sich gegen den Anspruch absichern, indem er entweder vorweisen kann, dass ein großes Interesse der Öffentlichkeit an den Informationen besteht oder aber dass er gewissenhaft nach den journalistischen Sorgfaltspflichten gearbeitet hat.¹⁴⁴

Der Anspruch auf Geldentschädigung kommt im Vergleich zum Schadensersatz für die immateriellen Schäden auf. Der Anspruch gleicht die Beeinträchtigung des Betroffenen aus, aber nur in Fällen der schweren Persönlichkeitsverletzung, wie beispielsweise bei Vorwürfen ein Verbrechen begangen zu haben, bei der unerlaubten Verbreitung von Fotos oder bei der freien Erfindung von Details aus der Privatsphäre. Wird das Persönlichkeitsrecht eines Toten verletzt, können Angehörige einen Anspruch auf Schadensersatz erheben. Geldentschädigungsansprüche, die entstanden sind, als der Betroffene noch gelebt hat, können vererbt und nachträglich geltend gemacht werden.¹⁴⁵

5.2.5 Die Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung

„Wird Gewinn aufgrund einer unbefugten Benutzung persönlichkeitsrechtlicher Befugnisse erzielt, so stellt dieser eine ungerechtfertigte Bereicherung dar, die [...] herausverlangt werden kann.“¹⁴⁶

¹⁴³ Fechner 2013: 113.

¹⁴⁴ Vgl. Fechner 2013: 113ff.

¹⁴⁵ Vgl. Fechner 2013: 116ff.

¹⁴⁶ Fechner 2013: 120.

Wird ein Bild oder ein Name beispielsweise zur werblichen Nutzung verwendet, ohne aber die Rechte daran zu besitzen, so muss dem Betroffenen mindestens die Nutzungsgebühr der Lizenz erstattet werden.¹⁴⁷

Folgende Tabelle fasst nochmals alle Ansprüche, deren Rechtsfolgen und die entsprechende Rechtsgrundlage auf einen Blick zusammen:

Anspruch	Rechtsfolge	Rechtsgrundlage
Unterlassung	Bestimmte Tatsachenbehauptung darf vom Schädiger nicht mehr verbreitet werden	§ 1004 Abs. 1 analog i.V.m. §§ 823 ff.BGB
Gegendarstellung	Schädiger hat die Schilderung des Geschädigten wiederzugeben	Landespressegesetze (§ 10 MusterPresseG) § 56 RstV, u.a.
Berichtigung	Schädiger muss falsche Tatsachenbehauptung durch richtige ersetzen oder ergänzen	§ 1004 Abs. 1 analog i.V.m. §§ 823 ff. BGB
Schadensersatz	Ersatz in Geld für erlittene Vermögensnachteile	§§ 823 ff. BGB ggf. i.V.m. Schutzgesetz
Anspruch auf Geldentschädigung	Schädiger muss Ersatz in Geld für immateriellen Schaden leisten	Ergänzung des Schadensersatzrechts durch Rechtsprechung § 823 Abs. 1 BGB i.V.m. Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 GG
Herausgabe ungerechtfertigter Bereicherung	Rückgabe des zu Unrecht Erlangten	§§ 812 ff. BGB

*Tabelle 1: Gegenansprüche bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen.*¹⁴⁸

¹⁴⁷ Vgl. Schwartmann 2011: 261.

¹⁴⁸ Fechner 2013: 102.

5.3 Abmahnungen

Eine Abmahnung ist keinerlei Vorraussetzung, um einen Anspruch auf Unterlassung durchsetzen zu können. Der Betroffene setzt sich jedoch ohne eine vorherige Abmahnung des Rechtsverletzenden einem hohen Kostenfaktor aus. Leitet der Betroffene – ohne vorheriges abmahnen des rechtsverletzenden Journalisten – ein Verfahren vor Gericht ein, so muss er für sämtliche Kosten des Prozesses selbst aufkommen, falls der abgemahnte Journalist, beziehungsweise dessen Verlag, die Unterlassungserklärung akzeptiert und abzeichnet.¹⁴⁹ Daher ist es immer zu empfehlen, vor dem Einleiten eines gerichtlichen Verfahrens das entsprechende Medienunternehmen vorher abzumahnen und eine entsprechend angemessene Frist anzusetzen, in welcher dann das Medienunternehmen reagieren kann.

Klaus Rehbock definiert die Abmahnung wie folgt:

„Die Abmahnung ist die Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Frist eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. [...] bei jedem äußerungsrechtlichen Anspruch auf Unterlassung und/oder Widerruf zu empfehlen, um ein prozessuales Anerkenntnis gem. § 93 ZPO zu vermeiden und dem Anspruchsgegner Gelegenheit zur Behebung des rechtswidrigen Zustandes zu geben.“¹⁵⁰

Bevor eine Person, die sich in ihren Rechten verletzt sieht, ein gerichtliches Verfahren einleiten sollte, ist eine Abmahnung der entsprechenden Medien erwünscht, um mit der Unterlassungserklärung eventuell eine außergerichtliche Einigung zu finden und eine künftige Wiederholung der Rechtsverletzung auszuschließen.¹⁵¹ Somit ist eine Abmahnung eine außergerichtliche Möglichkeit, die rechtsverletzende Person aufzufordern, das in der Abmahnung beschriebene Verhalten zukünftig zu unterlassen oder im Falle einer bevorstehender Veröffentlichung, den betreffenden Beitrag erst gar nicht publik zu machen. In der Definition von Rehbock wird schon klar, dass eine Abmahnung einige inhaltliche Punkte aufzuweisen hat, damit sie ihre Gültigkeit erlangt. Rehbock weist in seiner Definition auf eine gesetzte Frist hin. Erfolg keinerlei Reaktion auf das Abmahnschreiben innerhalb der gesetzten Frist, dürfen gerichtliche Schritte eingeleitet werden. Eine Frist, sowie diverse weitere Punkte sollten in einer vollständigen Abmahnung vorhanden sein:

¹⁴⁹ Vgl. Fricke 2010: 297.

¹⁵⁰ Rehbock 2011: 193.

¹⁵¹ Vgl. Soehring 2010: 679.

- „Darlegung der Aktiv- und Passivlegitimation.
- Konkrete und substantiierte Darlegung des beanstandeten Verhaltens.
- Evtl. rechtliche Würdigung des beanstandeten Verhaltens mit Hinweis auf die einschlägige Rechtsprechung.
- Aufforderung, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben (dem Abmahnschreiben sinnigerweise beiliegend).
- Setzung einer angemessenen Frist.
- Androhung gerichtlicher Schritte, wenn die Frist unbeantwortet verstreicht.“¹⁵²

Abmahnen darf jede Person, die in ihren Rechten verletzt wird. Daher kann auch eine Privatperson, die sich in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt sieht, einen Unterlassungsanspruch geltend machen und den entsprechenden Journalisten oder dessen Verlag beispielsweise abmahnen. Das Ziel einer Abmahnung soll es sein, dem Abmahnenden die Kosten eines gerichtlichen Prozesses zu ersparen, falls der Abgemahnte die beigefügte Unterlassungserklärung nicht sofort anerkennt und unterzeichnet, sondern es stattdessen zu einer einstweiligen Verfügung kommt.¹⁵³

Ein weiterer Zweck der Abmahnung ist es zudem, die rechtsverletzende Person mittels einer Unterlassungserklärung daran zu hindern, zukünftig die Rechte des Abmahnenden zu verletzen. Dafür muss der Abgemahnte diese beigefügte Erklärung unterzeichnen. Falls er sich nicht an die Unterlassungserklärung hält und weiterhin die Rechte des Abmahnenden verletzt, muss der Abgemahnte, die im Schreiben vereinbarte Geldstrafe, zahlen. Eine Abmahnung ist an keine Form zwingend gebunden. Somit kann sie ebenso gut mündlich, telefonisch wie auch per Telefax oder mittels eines Boten an den betreffenden Journalisten beispielsweise zugehen.¹⁵⁴

Inhaltlich muss das Abmahnschreiben eine genaue Beschreibung des zu unterlassenden Verhaltens aufführen, dass lückenlos und so detailliert wie möglich dargelegt sein sollte. Im Falle eines bereits veröffentlichten Beitrages sind Zeitpunkt, Ort und Autor zu nennen und gegebenenfalls Kopien des Beitrages oder der Webseite beizulegen.¹⁵⁵

¹⁵² Rehbock 2011: 193.

¹⁵³ Vgl. wekwerth, FAQ: Abmahnung, 08.01.2014.

¹⁵⁴ Vgl. Waetke 2010: 138.

¹⁵⁵ Vgl. Rehbock 2011: 194f.

5.4 Besonders betroffene Bereiche

Jede Person oder Institution kann, wenn sie sich von der Presse verletzt fühlt, oder aber auch einen Verstoß gegen das Presserecht in den Veröffentlichungen entdeckt, dem Deutschen Presserat einen Hinweis in Form eines Beschwerdeformulars zukommen lassen.¹⁵⁶ Der Deutsche Presserat veröffentlichte für die Jahre 2008 bis 2012 fundierte Statistiken über den Bereich der Beschwerde. Zu den eingereichten Beschwerden hat der Deutsche Presserat Grafiken entwickelt und veröffentlicht, die folgendes zeigen: Von welchen Personen, Instituten und Einrichtungen wurden Beschwerden über die letzten Jahre eingereicht? Welche Beschwerden haben sich nach ordnungsgemäßer Prüfung als berechtigt oder unberechtigt herausgestellt? Und welche Ziffern des Pressekodexes wurden am häufigsten von den Presseschaffenden missachtet? Die Abbildung 1 zeigt, dass ein erheblich großer Anteil der Beschwerden von Privatpersonen eingereicht wird und diese das auf der Webseite verfügbare Beschwerdeformular demnach auch nutzen. Nicht desto trotz ist die Anzahl der Beschwerden für ein Jahr mit insgesamt 1.137 Eingängen doch erheblich niedriger als manche erwarten würden.¹⁵⁷

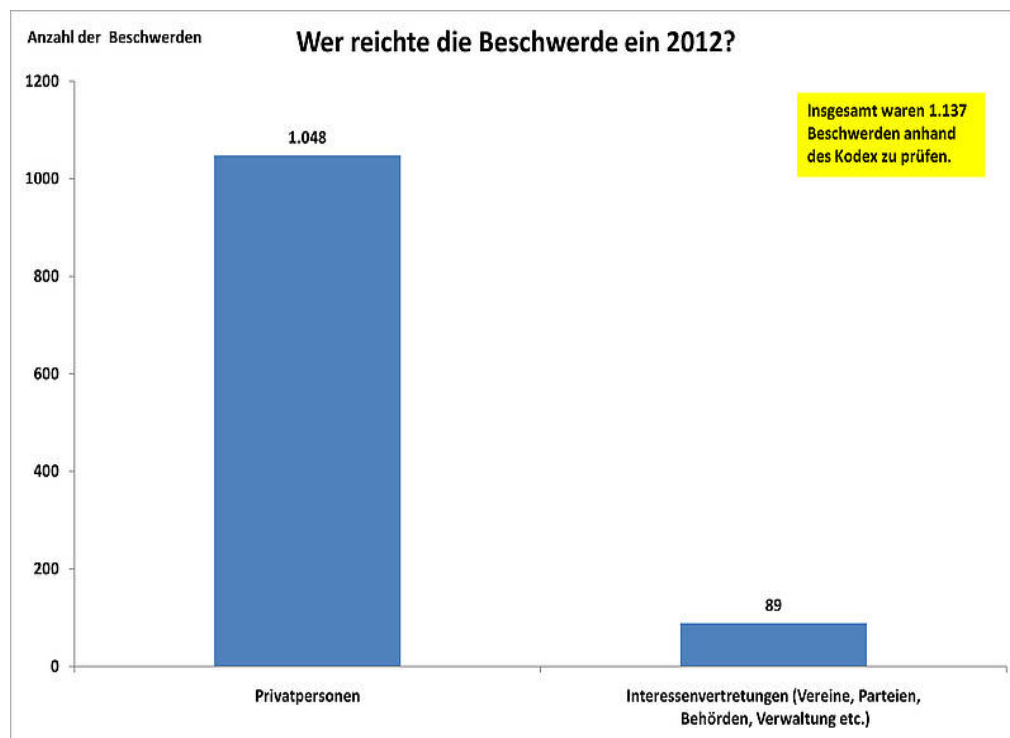


Abbildung 1: Wer reichte die Beschwerde ein 2012?¹⁵⁸

¹⁵⁶ Vgl. Deutscher Presserat, Beschwerdeanleitung, 15.12.2013.

¹⁵⁷ Vgl. Deutscher Presserat, Statistik 2012, 15.01.2014.

¹⁵⁸ Deutscher Presserat, Statistik 2012, 15.01.2014.

Auch wird durch die Darstellung der Abbildung 2 deutlich, dass die regionalen Tageszeitungen und Lokalzeitungen am häufigsten von den Beschwerdehinweisen betroffen sind. Im Vergleich dazu gibt es bei den Fachzeitschriften, als auch bei Nachrichtenagenturen kaum auffallende Mängel.¹⁵⁹

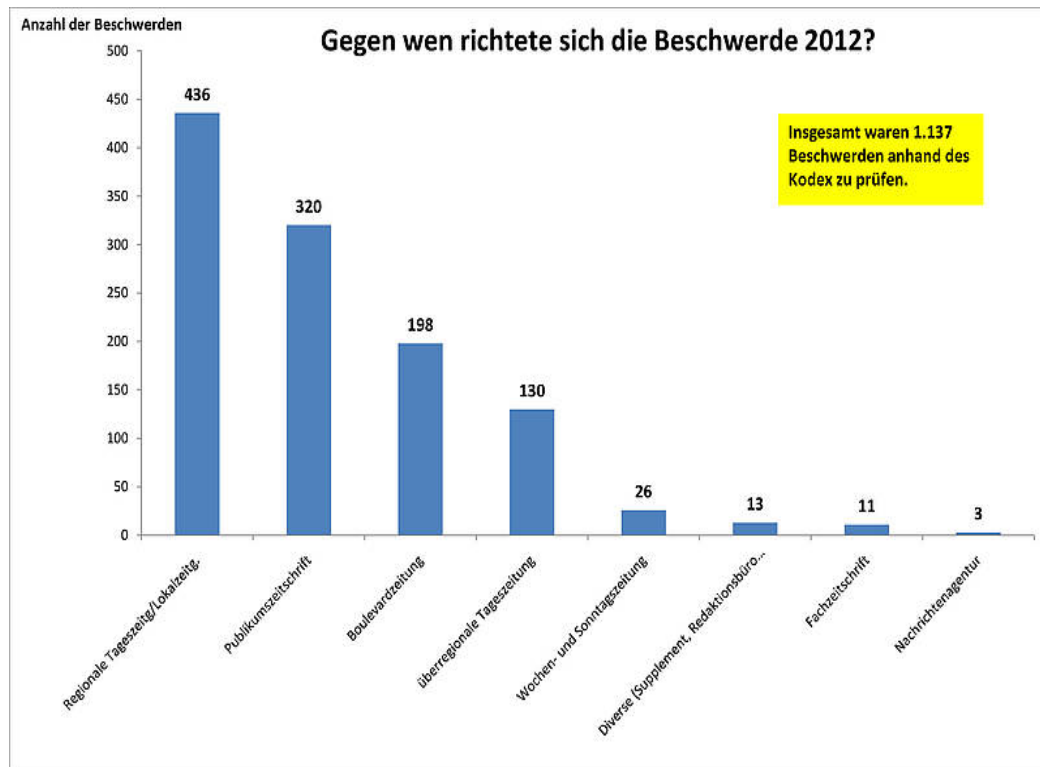


Abbildung 2: Gegen wen richtete sich die Beschwerde 2012?¹⁶⁰

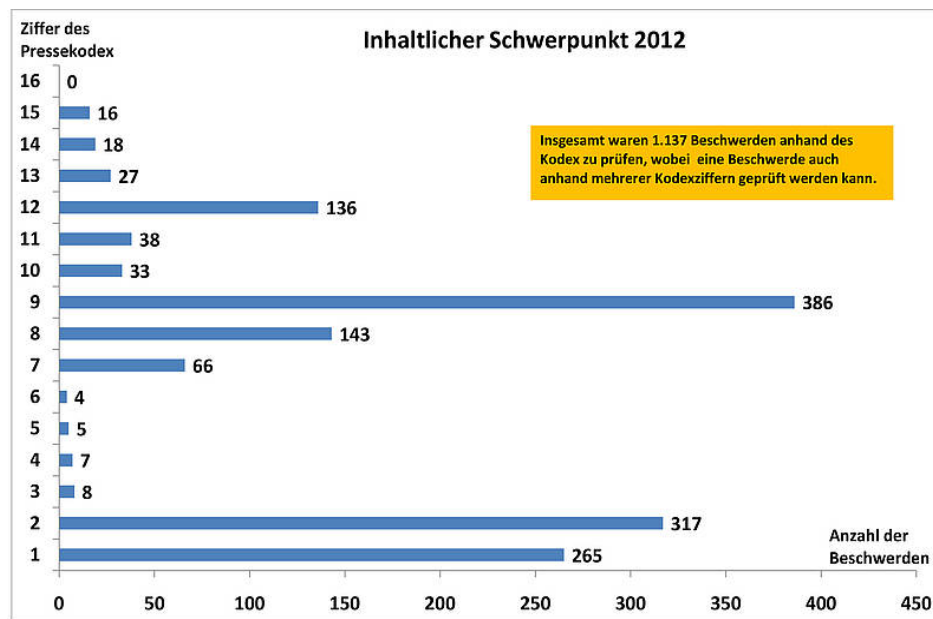
Am Interessantesten dürfte jedoch die Abbildung 3 sein. Hier wird deutlich, dass die Ziffern 1, 2 und 9 die Spitzenreiter bei Verstößen sind.¹⁶¹ Die Ziffer 1 behandelt die Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde. Die Ziffer 2 behandelt die Journalistische Sorgfalt und die Ziffer 9 macht den Schutz der Ehre zu ihrem Inhalt. Demnach ist davon auszugehen, dass einer der betroffenen Bereiche - wenn es um die Verletzung der Rechte durch die Presse geht - wohl das Persönlichkeitsrecht sein kann. Sowohl Beleidigungen, Schmähkritik, als auch Delikte wie die üble Nachrede dürften sich somit wohl immer wieder in der Presse finden.¹⁶²

¹⁵⁹ Vgl. Deutscher Presserat Statistik 2012, 15.01.2014.

¹⁶⁰ Deutscher Presserat, Statistik 2012, 15.01.2014.

¹⁶¹ Vgl. Deutscher Presserat, Statistik 2012, 15.01.2014.

¹⁶² Vgl. Deutscher Presserat, Publizistische Grundsätze (Pressekodex), 13.12.2013.

Abbildung 3: Inhaltlicher Schwerpunkt 2012¹⁶³

Ein kurzer Einblick in einige Pressedelikte und deren Auswirkungen folgt:

Die Beleidigung wird nach § 185 StGB geahndet. Tatsachenbehauptungen, die zwar der Wahrheit entsprechen, jedoch durch deren Form der Verbreitung oder Darstellung die Ehre einer Person angreifen, können als Beleidigung gelten. Wenn beispielsweise der Pressetätige ein alltägliches Geschehen einer prominenten Person schildert, das auch wirklich stattgefunden hat, dies aber nur veröffentlicht, um die Person in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen, kann der Beitrag als Beleidigung angesehen werden.¹⁶⁴

Die Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes wird nach § 201 StGB geahndet. Bestraft wird die Person, die das nichtöffentlich gesprochene Wort unbefugt verletzt. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Gespräche privater, beruflicher oder dienstlicher Natur sind. Somit stehen auch Selbstgespräche und Telefonate unter diesen Schutz. Strafbar macht sich demnach jede Person, die nichtöffentlich gesprochene Äußerungen aufzeichnet - beispielsweise auf einen Tonbandträger – oder diese Aufnahmen unbefugt nutzt und an Dritte weiterreicht. Somit ist selbst das reine Abspielen einer unbefugt aufgezeichneten Äußerung schon strafbar.¹⁶⁵

¹⁶³ Deutscher Presserat, Statistik 2012, 15.01.2014.

¹⁶⁴ Vgl. Wandtke 2011: 340.

¹⁶⁵ Vgl. Wandtke 2011: 344f.

Verletzt ein Journalist das Persönlichkeitsrecht einer Person durch eine unbefugte Nutzung von Bildmaterial, so wird dies nach § 201a StGB geahndet. Der höchstpersönliche Lebensbereich durch Bildaufnahmen ist besonders geschützt. Somit sind unbefugte Herstellungen und Übertragungen von Bildmaterial strafbar, wenn sich die abgelichtete Person in der eigenen Wohnung oder in einem besonders geschützten, abgeschirmten Raum befindet, wie es beispielsweise Behandlungszimmer von Arztpraxen, Umkleideräume in Kaufhäusern oder auch Beichtstühle sind. Der Schutz umfasst das Speichern, Archivieren als auch das Kopieren der Bildaufnahmen. Das reine Anschauen einer unbefugten Bilddatei, wie auch die Live-Übertragung sind ebenfalls ein Verstoß gegen das Persönlichkeitsrecht und können bestraft werden.¹⁶⁶

5.5 Die Reaktionsmöglichkeiten und Kosten

Was tun, wenn der Anwalt schreibt? Die Frist, die in einem Abmahnschreiben aufgeführt ist, sollte eingehalten werden, da es ansonsten zu Mehrkosten für den Abgemahnten kommen kann. Die Fristen sind in der Regel knapp bemessen, jedoch können sie zwischen einigen Stunden bis hin zu vierzehn Tagen schwanken. Läuft die Frist ab, kann der Abmahnende ein Verfahren vor Gericht antreten, ohne den Abgemahnten davon in Kenntnis setzen zu müssen. Auch kann die gerichtliche Entscheidung erfolgen, ohne dass der abgemahnte Journalist beispielsweise angehört worden sein muss. Daher hat der Abgemahnte bei einem Untätigbleiben große Nachteile - rechtlich als auch finanziell gesehen. Flattert eine Abmahnung ins Haus ist man daher als Journalist auf der sicheren Seite, wenn man den verlagseigenen Hausjuristen oder einen externen Rechtskundigen zu Rate zieht. So kann beispielsweise auch eine voreilige Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung verhindert werden. Bedeutend beim Abmahnschreiben ist neben der Frist auch der Aspekt der berechtigten oder unberechtigten Abmahnung - trifft das beanstandete Verhalten überhaupt zu oder nicht?

Um auf ein Abmahnschreiben zu reagieren, bleiben dem Journalisten mehrere Möglichkeiten. Zwei Hauptmöglichkeiten sind dabei entweder das Ignorieren des Schreibens oder die Unterzeichnung der Unterlassungsschrift inklusive dem Ausgleich der Abmahnkosten. Ersteres kann nur dann sinnvoll sein, wenn sich der Journalist im Klaren darüber ist, dass das Abmahnschreiben unberechtigt ist und somit an Gültigkeit

¹⁶⁶ Vgl. Wandtke 2011: 346ff.

verliert. Möchte er darauf verzichten, die Kosten des Abmahnschreibens zu tragen, kann sich jedoch vorstellen, das dargelegte Verhalten zukünftig zu unterlassen, so kann er die Unterlassungserklärung unterzeichnen, den Kostenaspekt jedoch ignorieren. Jetzt muss der Abmahnende nämlich - um die Kosten einzuklagen - beweisen, dass sein Abmahnschreiben rechtmäßig war. Zu diesem Zeitpunkt kann er keine einstweilige Verfügung mehr in die Wege leiten. Für den Fall, dass eine Unterzeichnung der Unterlassung nicht zur Debatte steht oder der Journalist an die künftige Weiterführung des rechtsverletzenden Verhaltens gebunden ist, kann er versuchen, sich gegen das Abmahnschreiben zu wehren. Hier hat er zum Einen die Möglichkeit, dem Abmahnenden seine Situation darzulegen oder aber zum Anderen hat er die Option eine Schutzschrift zu formulieren. Inhaltlich muss er in der Schutzschrift sein Verteidigungsvorbringen darlegen, das in dem eventuell anstehenden, gerichtlichen Verfahren dann zum tragen kommt. So kann keine Entscheidung im Prozess ohne seine mündliche Aussage getroffen werden.¹⁶⁷

Der Kostenaspekt: Hat der Abmahnende mithilfe eines Anwalts das Abmahnschreiben der rechtsverletzenden Person zukommen lassen und ist das Schreiben sowohl fundiert formuliert, als auch der Mandant zur Abmahnung berechtigt, so hat der Journalist - beziehungsweise sein Verlag - die Kosten zu tragen. Um die Kosten des Betroffenen in die Höhe zu treiben, kann ein Anwalt in manchen Fällen sogar zwei einzelne Unterlassungsansprüche in die Wege leiten - beispielsweise, wenn es sich um einen Medienbeitrag handelt, in dem sowohl in der Wort- als auch in der zugehörigen Bildberichterstattung eine Verletzung des Rechts vorliegt.¹⁶⁸

Zunächst aber trägt der Abmahnende die Kosten selbst. Ist die Abmahnung berechtigt, hat der Abgemahnte dem Abmahnenden die Kosten zu erstatten, da er durch die außergerichtliche Verhandlung die Möglichkeit bekommt, die beanstandete Handlungsweise zukünftig zu unterbinden ohne für größeren Schadensersatz aufkommen zu müssen. Ist die Abmahnung unberechtigt, muss der Abmahnende selbst für seine Kosten aufkommen - schlimmstenfalls sogar für die Verteidigungskosten des Abgemahnten durch einen Anwalt. Handelt es sich bei einem Abmahnschreiben um eine Kettenabmahnung und ist dieses Schreiben unberechtigt, so kann diese Abmahnung ebenfalls der Anlass zu einer Abmahnung sein.

Durch das Ignorieren einer berechtigten Abmahnung können hohe Mehrkosten für den Journalisten und dessen Verlag entstehen. Die Abmahnung möchte bezwecken, dass

¹⁶⁷ Vgl. Wekwerth, FAQ: Abmahnung, 08.01.2014.

¹⁶⁸ Vgl. Soehring 2010: 680f.

der Abgemahnte innerhalb einer Frist eine Unterlassungserklärung unterzeichnet. Geschieht das nicht, wird ohne weitere Hinweise nach Ablauf der Frist ein Verfahren in die Wege geleitet, welches hohe Kosten mit sich bringt und vom Abgemahnten zu zahlen ist. Der Abgemahnte muss sich somit auch einen Anwalt suchen, der ihn unterstützt und gegen die einstweilige Verfügung vorgehen kann, was weitere Kosten bedeutet.¹⁶⁹ Die Geschäftsgebühr, die für eine Abmahnung anfällt kann variieren, jedoch wird üblicherweise bei Entscheidungen im Bereich der Presse mindestens eine 1,5 Geschäftsgebühr verlangt.¹⁷⁰

Im Gegensatz zum Unterlassungsanspruch ist die Veröffentlichung einer Gegendarstellung meist kostenfrei. Ausnahmen gibt es aber auch hier: Überschreitet die Gegendarstellung - verhältnismäßig zur beanstandeten Berichterstattung - ein angemessenes Ausmaß, so können auch hier Kosten entstehen. Hat der Betroffene für den Anspruch auf Gegendarstellung die Hilfe eines Anwalts in Anspruch genommen, kann er nicht sicher gehen, die Kosten von dem Medienunternehmen erstattet zu bekommen. Auch hier gibt es Ausnahmen: War die Handlung unerlaubt - wie es beispielsweise eine üble Nachrede ist - so können die Kosten des Anwalts vom Abgemahnten eingefordert werden. Selbiges gilt für die gerichtliche Durchsetzung der Ansprüche.¹⁷¹

¹⁶⁹ Vgl. wekwerth, FAQ: Abmahnung, 08.01.2014.

¹⁷⁰ Vgl. Wandtke 2011: 150.

¹⁷¹ Vgl. Soehring 2010: 656f.

6 Abmahnungen: zwei Beispiele aus der Praxis

Das erste Beispiel zeigt, wie eine unerlaubte Berichterstattung durch Wort und Bild zu einem generellen Unterlassungsanspruch führen kann. Die Ausgangslage: Eine prominente Musikerin und Chanteuse hält ihr Privatleben bedeckt und gibt nichts davon der Presse preis. All ihre Emotionen verarbeitet sie indes in ihren eigenen Songs, so auch den Tod ihrer fünf Jahre alten Tochter, die an einer schweren Krankheit verstorben ist. Einige Jahre später bringt sie einen Sohn zur Welt. Als sie mit ihm in den Urlaub fährt, schießt ein Paparazzo ein Bild der Beiden. Die Sängerin bemerkt dies und schickt an die Zeitung des Paparazzos eine Abmahnung mit beigefügter Unterlassungserklärung, die besagt, dass sie der Veröffentlichung der Bildaufnahmen nicht zustimmt. Die Zeitung druckt die Bilder trotzdem ab und berichtet ausführlich über das Leben der Musikerin und deren großen Verlust der jungen Tochter. Die prominente Musikerin möchte keinerlei Berichterstattung über ihr privates Leben in der Presse sehen und geht gerichtlich gegen die Zeitung des Paparazzos vor. Ist ihre Abmahnung und das damit verbundene Unterlassungsschreiben gerechtfertigt und durchsetzungsfähig?

Da die Zeitung des Paparazzos unerlaubt in das Persönlichkeitsrecht der Sängerin eingreift und diese nie ihr Privatleben der Öffentlichkeit oder der Presse präsentiert hat, verfügen die Bilder über keinen relevanten Nutzen für die Gesellschaft. Die Zeitung kann sich somit nicht auf das schutzwürdige Interesse der Öffentlichkeit über Informationen zu der Sängerin berufen. Außerdem machen die Bildaufnahmen die Sängerin für Dritte erkennbar. Der abgebildeten Sängerin steht das Selbstbestimmungsrecht zu. Sie kann entscheiden, ob sowohl die Anfertigung als auch die Nutzung der Bildaufnahmen in der Presse gestattet werden oder nicht. Ein Anspruch auf Unterlassung der Veröffentlichung der Bildaufnahmen ergibt sich aus dem Persönlichkeitsrecht und dem Kunsturhebergesetz. Von einer Wiederholungsgefahr kann ausgegangen werden, da auch das Unterlassungsschreiben nicht unterzeichnet von der Zeitung zurück gesendet wurde.¹⁷² Die Sängerin kann somit die „[...] Unterlassung der Wiederholung der konkreten Bildveröffentlichung in Anspruch nehmen. Ein entsprechender Anspruch folgt aus § 1004 Abs. 1 S. 1 BGB analog i.V.m. §§ 22, 23 KUG.“¹⁷³

¹⁷² Vgl. Wandtke u.a. 2010: 230f.

¹⁷³ Wandtke u.a. 2010: 230.

Das zweite Beispiel zeigt, wie schnell durch mangelnde journalistische Sorgfalt eine falsche Tatsachenbehauptung entstehen kann und zu einer Abmahnung mit Unterlassungsschreiben und Geldentschädigung führen kann. Die Ausgangslage: Der Blog *TopfvollGold. Geschichten vom Ende des Regenbogens* setzt sich mit der Regenbogenpresse und deren Arbeitsweise auseinander. Die Autoren vertreten die Meinung, dass die Regenbogenpresse Tag für Tag Tatsachen und Aussagen verdreht, Geschichten über Prominente und diverse Schlagerstars zusammen dichtet und aus verschiedenen Behauptungen die verrücktesten Skandale bastelt. Sie setzen sich kritisch mit den verschiedenen Zeitschriften auseinander und veranschaulichen in Beispielen, die Schnitzer der Journalisten.¹⁷⁴ Den beiden Autoren Mats Schönauer und Moritz Tschermak¹⁷⁵ ist nun bei ihrer kritischen Arbeit selbst ein Schnitzer passiert. Sie haben eine Abmahnung mit beigefügter Unterlassungserklärung erhalten. Beim Schlagzeilenbasteln, einem Selbsttest zur Eignung zum Regenbogenredakteur¹⁷⁶, wurde dem Verlag *Alles Gute* eine Schlagzeile zugeordnet, die aber der Burda-Verlag veröffentlicht hatte. Aus einem Flüchtigkeitsfehler ist eine falsche Tatsachenbehauptung entstanden. Der Alles Gute Verlag hat sofort reagiert und den beiden Redakteuren über die Kanzlei CMS Hasche Sigle aus Hamburg eine Abmahnung zukommen lassen. Gefordert wurde die Löschung der falschen Tatsachenbehauptung aus dem Blog *TopfvollGold*, als auch die Rücksendung der unterzeichneten Unterlassungserklärung und die Erstattung der dadurch entstandenen Anwaltskosten in Höhe von rund 880 Euro. Die Abmahnung ist gerechtfertigt, da es sich bei dem Tatbestand um eine falsche Tatsachenbehauptung handelt. Durch die Unterzeichnung der Unterlassungserklärung der beiden Redakteure gestehen sie sich die Schuld ein und haben somit die Kosten des in Anspruch genommenen Anwalts zu tragen.¹⁷⁷

¹⁷⁴ Vgl. topfvollgold, Der topfvollgold, 17.01.2014.

¹⁷⁵ topfvollgold, Impressum, 17.01.2014.

¹⁷⁶ Vgl. topfvollgold, Schlagzeilenbasteln (5), 17.01.2014.

¹⁷⁷ Vgl. topfvollgold, Alles Gute will Gold vom Topf, 17.01.2014.

7 Fazit

Ziel der vorliegenden Arbeit war, den Bereich der presserechtlichen Ansprüche zu analysieren, um das Titelthema Abmahnungen und den damit verbundenen Unterlassungsanspruch beleuchten zu können. Zu diesem Zweck wurden die Grundlagen des Journalismus und die Grundlagen des zugehörigen Presserechts erläutert, die Schranken der Pressefreiheit aufgezeigt und die Einzelrechte der Presse beispielhaft in den Redaktionsablauf eingegliedert, um zu zeigen, in welchen Arbeitsphasen welche Rechte und Pflichten von besonderer Bedeutung sind. Was die Grundlagen des Presserechts betrifft, so konnte aufgrund der vielschichtigen Rechtslage nicht auf alle Bereiche eingegangen werden. Hieraus kann geschlossen werden, dass es auch für journalistisch Tätige nicht immer leicht ist, einen Überblick zu allen Rechtslagen ihres Berufes zu besitzen und dadurch rechtliche Folgen vermeiden zu können. Andererseits musste festgestellt werden, dass schon durch kleine Vorsorgemaßnahmen, wie beispielsweise der gewissenhaften Behandlung der journalistischen Sorgfalt, große Rechtsstreite verhindert werden können und kostenpflichtige Abmahnungen somit ausbleiben. Anhand der Beispiele konnte nur ansatzweise gezeigt werden, wie schnell eine minimale Rechtsverletzung durch die Presse entstehen und wie teuer diese werden kann. Was die Reaktionsmöglichkeiten auf Abmahnungen betrifft, so konnte anhand der verschiedenen Ausgangslagen gezeigt werden, dass es doch zu jeder Zeit ratsam ist, einen externen Juristen oder den verlagseigenen Anwalt um Rat zu fragen, auch wenn dies zunächst einen kleinen Kostenaspekt bedeutet. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Abmahnungen zum Berufsalltag der Pressetätigen gehören und Beiträge von Journalisten immer eine Gefahr der Rechtsverletzung bergen können. Durch die Rechtsdichte muss jeder Fall einzeln abgewägt werden und es kann somit keine eindeutige Aussage zu den verschiedenen Ausgangslagen im Vorhinein getroffen werden. Somit empfiehlt es sich, als Pressetätiger den auferlegten Sonderpflichten, wie der Impressumspflicht und der journalistischen Sorgfalt, gewissenhaft nachzugehen und Pressedelikte, wenn möglich im Vorhinein zu vermeiden. Auch die Richtlinien des Deutschen Presserats sind eine sinnvolle Ergänzung, wenn es um die gewissenhafte und ursprüngliche Arbeit eines Journalisten geht. Denn wer die Publizistischen Grundsätze, den sogenannten Pressekodex, achtet, der wahrt auch den Ruf der Presse und ihre Aufgabe: Die Öffentlichkeit nach bestem Wissen und größter Sorgfalt durch gehaltvolle, kritische und informative Beiträge auf dem Laufenden zu halten und somit einen Teil zur öffentlichen Meinungsbildung beizutragen.

Literaturverzeichnis

BENTELE, Günter u.a. (Hgg.): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2013.

BRAUNER, Detlef Jürgen u.a. (Hgg.): Lexikon der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. 1. Auflage, München u.a. 2001 (Lehr- und Handbücher der Kommunikationswissenschaft, o.A.).

BUNDESBEAUFTRAGTER FÜR DEN DATENSCHUTZ UND DIE
INFORMATIONSFREIHEIT (2005): Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informa-
tionen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz -IFG). URL:
(http://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/IFG/IFGBundesgesetzUndGebuehrenO/TextIFG.pdf?__blob=publicationFile) [Stand 12.12.2013].

DEJURE.ORG RECHTSINFORMATIONSSYSTEME GMBH (2013): Baden-
Württemberg Landespressegesetz (Gesetz über die Presse). URL:
<http://dejure.org/gesetze/LPresseG/6.html> [Stand 27.12.2013.].

DEJURE.ORG RECHTSINFORMATIONSSYSTEME GMBH (2013): Baden-
Württemberg Landespressegesetz (Gesetz über die Presse). URL:
<http://dejure.org/gesetze/LPresseG/8.html> [Stand 27.12.2013.].

DEUTSCHER JOURNALISTENVERBAND (2009): Berufsbild Journalistin - Journalist.
URL:http://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Infos_PDFs/Flyer_Broschuren/Berufsbild_Journalistin_Journalist.pdf [Stand 22.11.2013], S.3.

DEUTSCHER JOURNALISTENVERBAND (2009): Pressefreiheit - ganz konkret. URL:
http://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Infos_PDFs/Flyer_Broschuren/Pressefreiheit_-_ganz_konkret.pdf [Stand 12.12.2013].

DEUTSCHER JOURNALISTENVERBAND (2013): Profil. URL:
<http://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/djv-profil.html> [Stand 13.12.2013].

DEUTSCHER PRESSERAT (2013): Publizistische Grundsätze (Pressekodex).
Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen
Presserats. URL: <http://www.presserat.info/uploads/media/Pressekodex.pdf> [Stand
13.03.2013].

DEUTSCHER PRESSERAT (2013): Aufgaben und Ziele. URL:
<http://www.presserat.info/inhalt/der-presserat/aufgaben.html> [Stand 12.12.2013].

DEUTSCHER PRESSERAT (2013): Gesamtverpflichtungserklärung. URL: http://www.presserat.info/uploads/media/Gesamtverpflichtungserklaerung_2010_02.pdf [Stand 13.12.2013].

DEUTSCHER PRESSERAT (2010): Satzung und Geschäftsordnung. URL: http://www.presserat.info/uploads/media/Satzung_und_Geschaeftsordnung_2010.pdf [Stand 13.12.2013].

DEUTSCHER PRESSERAT (2013): Geschichte. URL: <http://www.presserat.info/inhalt/der-pressekodex/geschichte/der-beginn.html> [Stand 13.12.2013].

DEUTSCHER PRESSERAT (2012): Statistik 2012. URL: <http://www.presserat.info/inhalt/beschwerde/statistik.html> [Stand 15.01.2014].

DEUTSCHER PRESSERAT (2013): Beschwerdeanleitung. URL: <http://www.presserat.info/inhalt/beschwerde/anleitung.html> [Stand 15.12.2013].

FECHNER, Frank; MAYER, Johannes C. (Hgg.): Medienrecht. Vorschriftensammlung. 8., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Heidelberg u.a. 2012.

FECHNER, Frank; WÖSSNER, Axel: Journalistenrecht. Die wichtigsten Fragen aus dem redaktionellen Berufsalltag. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Tübingen 2012.

FECHNER, Frank: Medienrecht. Lehrbuch des gesamten Medienrechts unter besonderer Berücksichtigung von Presse, Rundfunk und Multimedia. 14., überarbeitete und ergänzte Auflage, Tübingen 2013.

FRICKE, Ernst: Recht für Journalisten. Presse - Rundfunk - Neue Medien. 2., völlig überarbeitete Auflage, Konstanz 2010 (Handbuch Journalismus, o.A.).

GESETZE IM INTERNET (2013): Grundgesetz Einzelnorm. Art 5. URL: http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html [Stand 13.12.2013].

GESETZE IM INTERNET (2013): Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek. § 14 Ablieferungspflicht. URL: http://www.gesetze-im-internet.de/dnbg/_14.html [Stand 27.12.2013].

MAST, Claudia (Hg.): ABC des Journalismus. Ein Handbuch. 12., völlig überarbeitete Auflage, Konstanz u.a. 2012 (Praktischer Journalismus, Bd. 1).

MEIER, Klaus: Journalistik. 2. Auflage, Konstanz 2011.

REHBOCK, Klaus; GAUDLITZ, Guido: Beck'sches Mandatshandbuch. Medien- und Presserecht. 2. Auflage, München 2011.

RICKER, Reinhart; WEBERLING, Johannes: Handbuch des Presserechts. 6., neu bearbeitete Auflage, München 2012.

RUß-MOHL, Stephan: Journalismus. Das Lehr- und Handbuch. 1. Auflage, Frankfurt am Main 2010.

SCHELLMANN, Bernhard: Handbuch Medien. Medien verstehen, gestalten, produzieren. 6., erweiterte und verbesserte Auflage, Haan-Gruiten 2013.

SCHIWY, Peter u.a. (Hgg.): Medienrecht. Lexikon für Praxis und Wissenschaft. 5. Auflage, Köln 2010.

SCHWARTMANN, Rolf (Hg.): Praxishandbuch Medien-, IT- und Urheberrecht. 2., neu bearbeitete Auflage, Heidelberg u.a. 2011.

SOEHRING, Jörg: Presserecht. Recherche, Darstellung und Haftung im Recht der Medien. 4., vollständig überarbeitete Auflage, Köln 2010.

STATISTA (2014): Anzahl der Smartphone-Nutzer in Deutschland bis 2013. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/198959/umfrage/anzahl-der-smartphonenuutzer-in-deutschland-seit-2010/> [Stand 06.01.2014].

STATISTA (2014): Prognose zur Dauer der Mediennutzung in Deutschland bis 2013. URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/77176/umfrage/dauer-der-mediennutzung-in-deutschland-von-2006-bis-2012/> [Stand 06.01.2014].

TOPFVOLLGOLD (2014): Der topfvollgold. URL: http://www.topfvollgold.de/?page_id=57 [Stand 17.01.2014].

TOPFVOLLGOLD (2014): Impressum. URL: http://www.topfvollgold.de/?page_id=54 [Stand 17.01.2014].

TOPFVOLLGOLD (2014): Alles Gute will Gold vom Topf. URL: <http://www.topfvollgold.de/?p=7577> [Stand 17.01.2014].

TOPFVOLLGOLD (2014): Schlagzeilenbasteln (5). URL: <http://www.topfvollgold.de/?p=7380> [Stand 17.01.2014].

UPLOAD MAGAZIN (2013): Basiswissen Journalismus: Presserecht für Journalisten und Blogger. URL: <http://upload-magazin.de/blog/715-basiswissen-journalismus-presserecht-fur-journalisten-und-blogger/> [Stand 22.07.2013].

WAETKE, Thomas: Manuskript zum Wirtschaftsrecht. Stuttgart: Akademie der media GmbH, Vorlesungsskript, 2010.

WANDTKE, Artur-Axel u.a. (Hgg.): Fallsammlung zum Urheber- und Medienrecht. 3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, München 2010.

WANDTKE, Artur-Axel (Hg.): Rundfunk- und Presserecht/Veranstaltungsrecht/Schutz von Persönlichkeitsrechten. 2., neu bearbeitete Auflage, Berlin u.a. 2011 (Medienrecht Praxishandbuch, Bd. 4).

WANDTKE, Artur-Axel (Hg.): IT-Recht und Medienstrafrecht. 2., neu bearbeitete Auflage, Berlin u.a. 2011 (Medienrecht Praxishandbuch, Bd. 5).

WIRTSCHAFTSLEXIKON GABLER (o.D.): Massenmedien. URL:
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54945/massenmedien-v5.html> [Stand 27.11.2013].

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Anja Schwarz', with a stylized, flowing script.

Stuttgart, den 22. Januar 2014

Anja Schwarz